

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

E+Z

D+C

Internationale
Zeitschrift

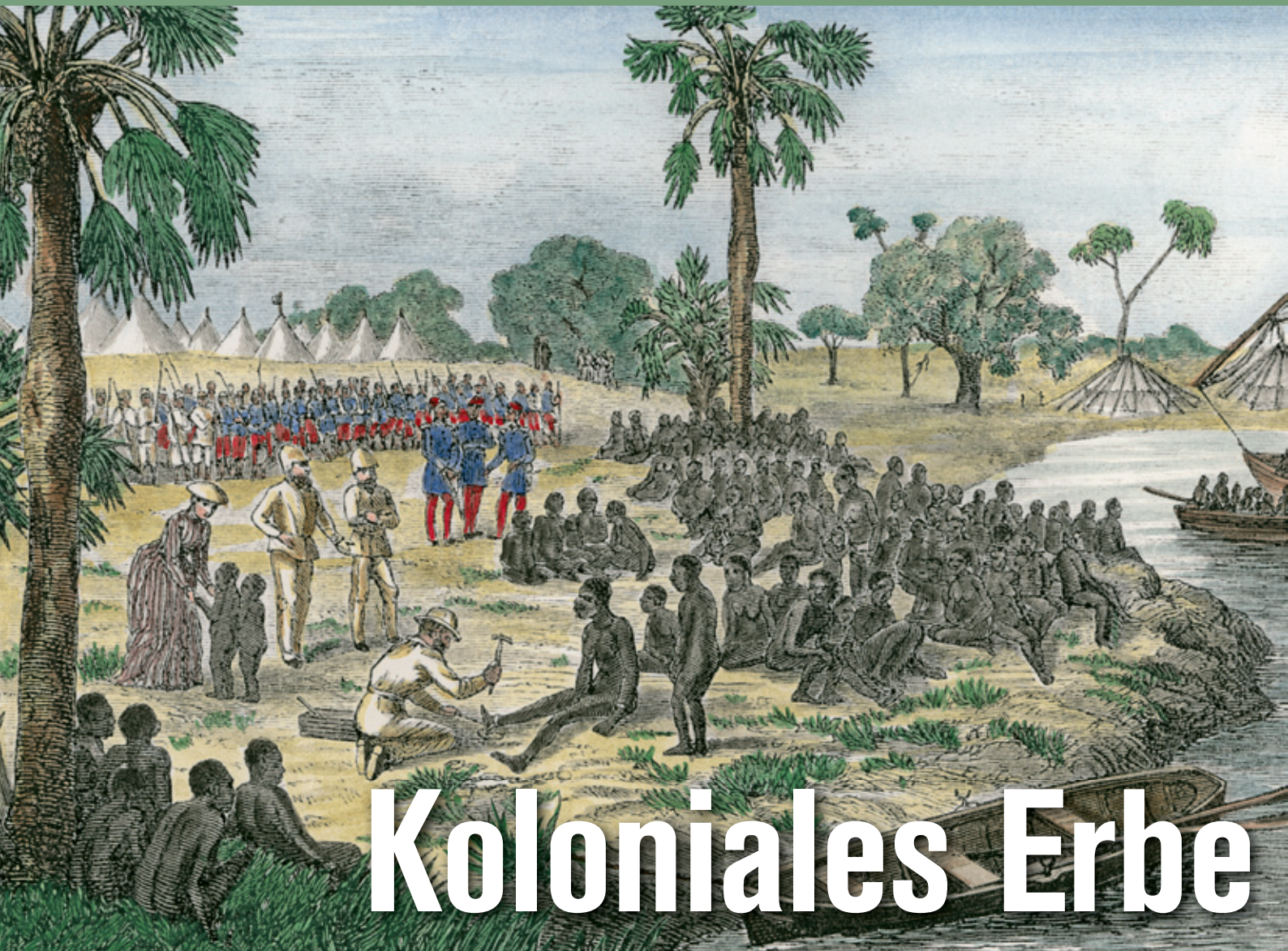
ISSN
2366-7249

November 2017

ROHINGYA
Globales Schweigen
trotz Anzeichen
eines Genozids

ZUSAMMENARBEIT
Warum Indien
ein wichtiger
Partner ist

KLIMAWANDEL
Wie klimasmarte
Landwirtschaft
helfen kann



Koloniales Erbe

Monitor

Gates Foundation unterstützt Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele mit neuer Publikationsreihe | ONE sieht Qualität der Entwicklungshilfe trotz ODA-Rekordvolumen in Gefahr | Kakaobranche unter Druck | Wasserbedarf steigt durch Flüchtlinge | Heutzutage: Frauenthemen in ugandischen Medien | Impressum 4

Debatte

Kommentare zum Exodus der Rohingya aus Myanmar, zu Afrikas Textilindustrie und zur Überlegenheit von Demokratien gegenüber Diktaturen sowie ein Leserbrief zu einem Beitrag von Ndongo Samba Syllas im Oktober-e-Paper 10

Tribüne

HANS-JOCHEN LUHMANN

Fachliteratur zum Stand der globalen Klimapolitik jenseits des Pariser Abkommens 14

KARIM OKANLA

Informelle Beschäftigung sorgt für permanente Verunsicherung in Benin 16

WOLFRAM KLEIN

Warum Indien entwicklungspolitisch eines der wichtigsten Länder der Welt ist 18

MICHAELA SCHALLER

Klimasmarte Landwirtschaft als Antwort auf den Klimawandel in Kenia 21

Schwerpunkt: Koloniales Erbe

JONATHAN BASHI

Strukturen, die ihre Wurzeln im Kolonialismus haben, behindern die Einheit Afrikas 24

INTERVIEW MIT MOHAMED GUEYE

„Wenn die französischen Truppen aus Mali abziehen, bricht das Land zusammen“ 27

JOSHUA KWESI AIKINS

Hereros fordern Reparationen von Deutschland für Genozid in der Kolonialzeit 28

INTERVIEW MIT KEHINDE ANDREWS

Laut dem britischen Wissenschaftler muss der Westen Entschädigung für Sklaverei und Kolonialismus leisten 30

HUBERT DEVONISH

Kreolsprachen der Karibik sind Teil der Identität der Menschen 32

VIRGINIA MERCADO

Spanische Herrschaft hat mexikanische Gesellschaft maßgeblich geprägt 34

ALAN C. ROBLES

Das antidemokratische Erbe der Kolonialisierung der Philippinen 36

RIDWANUL HOQUE UND ARPEETA S. MIZAN

Warum das Rechtssystem in Bangladesch dekolonisiert werden muss 38

SCHWERPUNKT

Koloniales Erbe

Auswirkungen der Vergangenheit

Die Aufteilung Afrikas unter den europäischen Kolonialmächten hatte weitreichende Konsequenzen für Politik, Wirtschaft und Sprache. Die Afrikaner sind aber selbst dafür verantwortlich, die Auswirkungen des Kolonialismus zu überwinden, findet der Juradozent und Entwicklungsberater Jonathan Bashi aus der DR Kongo. In Westafrika tragen französische Truppen heute zur regionalen Stabilisierung bei, erklärt der senegalesische Journalist Mohamed Gueye. **SEITEN 24, 27**

Entschädigung für früheres Unrecht

Anfang des 20. Jahrhunderts verübten deutsche Kolonialtruppen im heutigen Namibia einen Genozid an den Herero und Nama. Die Bundesrepublik wird sich den Forderungen ihrer Nachfahren stellen müssen, fordert Joshua Kwesi Aikins, Politikwissenschaftler und Aktivist von „Berlin Postkolonial“. Auch an andere ehemalige Kolonialmächte gibt es Forderungen nach Reparationen. Kehinde Andrews von der britischen Black Studies Association unterstützt dieses Anliegen. **SEITEN 28, 30**

Kreolsprachen auf dem Vormarsch

In der Karibik verschmolzen die Sprachen der Kolonialmächte mit afrikanischen Sprachen. Daraus entstanden neue, so genannte Kreolsprachen, die mit immer größerem Stolz gesprochen werden. Die Vormachtstellung von Englisch, Spanisch und Co. wird laut Hubert Devonish, Linguist aus Jamaika, zunehmen in Frage gestellt. **SEITE 32**

Spanisches Kolonialerbe

Die spanische Kolonialisierung hat in Mexiko tiefgreifend gewirkt und prägt die Gesellschaft noch heute, beschreibt die mexikanische Wissenschaftlerin Virginia Mercado. Wie die Philippinen bis heute neben der spanischen auch von der amerikanischen Kolonialisierung beeinflusst sind, erklärt der Journalist Alan C. Robles. **SEITEN 34, 36**

Verbesserungspotenzial

Unabhängigkeitsaktivisten in Bangladesch streben nach einem angemessenen heimischen Rechtssystem, das vom Erbe des Kolonialismus befreit ist. Bisher ist dieser Wunsch weitgehend unerfüllt geblieben. Eine Neudefinition und Entkolonialisierung der Justiz ist überfällig, finden die Rechtswissenschaftler Ridwanul Hoque und Arpeeta S. Mizan von der Universität Dhaka. **SEITE 38**

Mechanismen der Unterdrückung

1996 habe ich sowohl das British Museum in London als auch das Indian Museum in Kalkutta besucht. Der Kontrast war so eindrucksvoll, dass ich heute noch davon erzähle. In London wurden alle modernen museumspädagogischen Methoden genutzt, aber in Kalkutta schien außer Staubwischen seit 1947 nichts geschehen zu sein. In der Kolonialzeit war das Indian Museum der stolze Zwilling des British Museum, wirkte im Vergleich aber in den 90ern langweilig und grau.

Damals erhob ich Daten für meine Doktorarbeit. Nach und nach begriff ich, dass der Unterschied zwischen den Museen den Unterschied zwischen den beiden Staaten widerspiegelte. Britannien hatte sich modernisiert und war offener und inklusiver geworden. In Indien verlief der Fortschritt langsamer. Konventionen aus der Kolonialzeit galten weiter, Englisch war noch Amtssprache, und Massen armer Menschen lebten ausgegrenzt am Rande der Gesellschaft.

Ich will den britischen Kolonialismus nicht loben. Die Unterdrückungsmechanismen dieses ausbeuterischen Systems schlugen so tiefe Wurzeln, dass sie bis heute fortwirken. Leider ist das in vielen ehemaligen Kolonien ähnlich. Befreiungsbewegungen siegten, ersetzten dann aber oft nur die ausländische Elite mit einer heimischen. Allzu oft fühlt sich diese bis heute „in den Betten der alten Meister wohl“, wie kürzlich Job Shipululo Amupanda, ein junger namibischer Wissenschaftler, sagte.

Das Konzept der Menschenrechte entstand in der europäischen Aufklärung. Heute bildet es das Fundament des UN-Systems. Die Grundidee, auf die sich unter anderem die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele stützen, ist, dass alle Menschen den gleichen Wert und das Recht auf Selbstbestimmung haben.

Allerdings ging die europäische Aufklärung auch mit Kolonialismus und Sklaverei einher. Beides wird heute von der EU und ihren Mitgliedern abgelehnt. Als die Kolonien zu souveränen Staaten wurden, schlüpfen die ehemals imperialen Mächte schnell in neue Rollen als großzügige Geber.

Wenige Jahrzehnte später begannen sie dann, Lektionen über gute Regierungsführung zu halten. Sie erkannten in Entwicklungsländern Korruption, Menschenrechtsverletzungen und undemokratische Attitüden, erinnerten sich aber nicht mehr daran, dass ihre Vorgänger die Grundlagen für Amts- und Machtmissbrauch geschaffen hatten.

Die Geberrhetorik wirkte unter anderem deshalb nicht überzeugend, weil den Menschen in den Entwicklungsländern die Doppelbödigkeit klar war. Die Mehrheit von ihnen hat nie selbst erlebt, dass europäische Gesellschaften – wie die britische – offener wurden. Vielen erscheint autoritär-anmaßende Arroganz, wie sie US-Präsident Donald Trump heute an den Tag legt, als Norm und nicht als Ausnahme. Nach zwei bis drei Generationen in Unabhängigkeit tragen dafür selbstverständlich auch Spitzenpolitiker der Entwicklungsländer Verantwortung.

Demokratie kann keinem Land von außen aufgepfropft werden. Sie kann – und sollte – aber unterstützt werden. Die historische Wahrheit zu begreifen ist heilsam. Solches Wissen dürfte zur Durchsetzung der Menschenrechte mehr beitragen als an Konditionen gebundene Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA).

Ich war übrigens seit 20 Jahren nicht mehr im Indian Museum, habe mir aber kürzlich seine Website angeschaut. Dass es eine hat, ist gut – aber was sie zeigt, enttäuscht weiterhin.

► **Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.**



HANS DEMBOWSKI
ist **Chefredakteur von E+Z**
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Debatte



Exodus der Rohingya aus Myanmar

Mehr als eine halbe Million Rohingya sind aus Myanmar geflohen. Was dort geschieht, bezeichnen die UN als „Lehrbuch-Beispiel ethnischer Säuberungen“. Die Weltgemeinschaft lässt das Aufnahmeland Bangladesch mit der Flüchtlingskrise weitgehend allein, kritisiert der Juraprofessor Ridwanul Hoque.

SEITE 10

Tribüne



Komplexes Unterfangen

Die „klimasmarte Landwirtschaft“ soll eine Antwort auf die Herausforderungen des Klimawandels geben. Die Anbaumethode soll nun Kleinbauern in Westkenia angeboten werden. Ein Team des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE Berlin) hat die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Implementierung untersucht, wie Teamleiterin Michaela Schaller beschreibt

SEITE 21

Benins Beschäftigungssorgen

Viele Beniner wünschen sich eine Stelle im öffentlichen Dienst. Der Staat bezahlt zwar nicht gut, aber regelmäßig. Die meisten Menschen leben laut dem Wissenschaftler Karim Okanla wegen ihrer informellen Jobs in permanenter Verunsicherung.

SEITE 16

AGENDA 2030

Daten sind weniger hart, als sie scheinen

Bill und Melinda Gates wollen die Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) unterstützen und haben dafür eine neue Publikationsreihe lanciert. Die erste Ausgabe konzentriert sich auf Gesundheit.

Von Hans Dembowski

„Wir lancieren diesen Report und werden bis 2030 jährlich Folgebände veröffentlichen, weil wir den Fortschritt im Kampf gegen die Armut beschleunigen wollen“, schreiben Bill und Melinda Gates im Vorwort. Sie wollen, dass Politiker sich von den SDGs, welche die UN vor zwei Jahren in der Agenda 2030 beschlossen, leiten lassen.

Das Milliardärs-Ehepaar fördert seit langem Entwicklungsprogramme. Involviert ist die Gates Foundation unter anderem in den Global Fund to Fight Aids, Tuberculosis and Malaria, die Alliance for a Green Revolution in Africa und die ONE Campaign, welche Geberregierungen an ihren Versprechen misst (siehe Box nächste Seite). Angesichts der Pläne, die Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) der USA zu kürzen, und „ähnlicher Rückzugsstimmung“ in anderen reichen

Ländern wollen Bill und Melinda Gates nun den Druck erhöhen.

Sie beauftragten Fachleute, aktuelle Trends für 18 der 232 SDG-Indikatoren zu analysieren. Für drei Indikatoren (Grundschulqualität, Geschlechtergerechtigkeit und agrarische Arbeitsproduktivität) sei das wegen mangelnder Datengrundlage unmöglich gewesen. Die meisten der 15 anderen Analysen lieferte das Institute of Health Metrics and Evaluation (IHME) der University of Washington in Seattle.

Die IHME-Diagramme zeigen, dass die Menschheit generell nicht auf dem Weg ist, die SDGs zu erreichen. Sie bieten zudem Prognosen dafür, was passiert, wenn die Anstrengungen erhöht oder abgeschwächt werden. Der Report warnt zum Beispiel, Verbreitung von Malaria könne bis 2030 von derzeit 29 auf 39 Neuinfektionen pro 1000 Menschen ansteigen, „falls wir zurückfallen“. Andererseits kann sie auf fünf pro 1000 sinken, „wenn wir voranschreiten“.

Was HIV/Aids angeht, sei die Neuinfektionsrate deutlich gefallen, aber dieser heilsame Trend habe sich parallel zur abklingenden Alarmstimmung abgeschwächt. Die Stiftung warnt, die Quote könne sich bis 2030 verdoppeln, „falls wir zurückfallen“.

Die Daten wirken eindrucksvoll. Allerdings besagt das IHME nicht klar, was „zurückfallen“ und „voranschreiten“ konkret bedeuten. Es schätzt nicht ab, wie viel Geld, welche Expertise und welche Akteure nötig wären, um optimale Resultate zu erreichen. Deshalb sind seine Daten auch weniger hart, als sie scheinen.

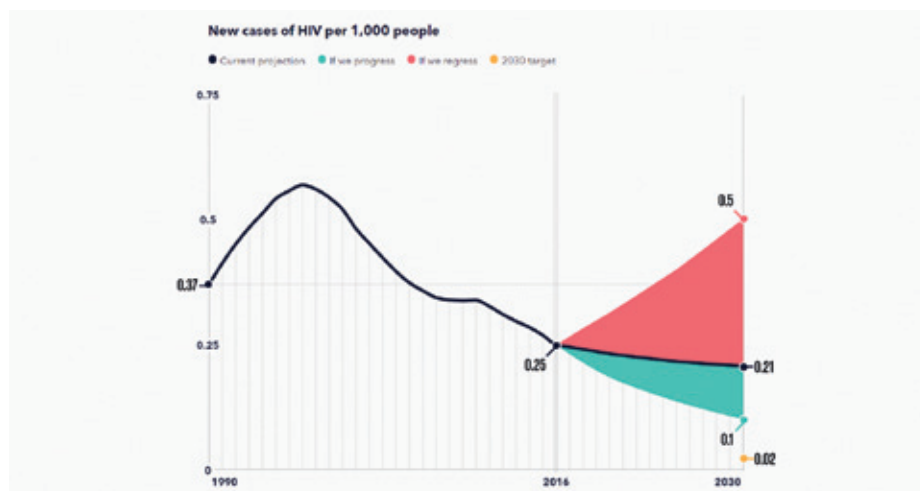
In einigen kurzen Aufsätzen werden manche Themen gründlicher erörtert. Moussé Fall, ein senegalesischer Imam, erklärt etwa, weshalb Familienplanung mit dem Koran vereinbar ist. Der Prophet habe Frauen zu Abständen zwischen Geburten aufgefordert, damit sie ihre Kinder zwei ganze Jahre lang stillen könnten. Technische Mittel, die zu Mohammeds Zeiten noch unbekannt waren, dürften verwendet werden, wenn das in seinem Sinne geschähe.

In einem anderen Beitrag erläutert der ehemalige äthiopische Gesundheitsminister Kesete Admasu, was sein Land im Kampf gegen Kinder- und Müttersterblichkeit tut. Überzeugenderweise betont er die Bedeutung von medizinischer Aufklärung und Partizipation der Bevölkerung. Allerdings erscheint seine Forderung, alle Kinder sollten in „Gesundheitseinrichtungen“ (health facilities) zur Welt kommen, wieder allzu vage. Komplette Krankenhäuser kann er kaum meinen, denn Fachleute aus Bangladesch und Indien warnen, dass ihre Länder schlicht nicht genug Hospitäler für alle gebärenden Frauen haben (siehe E+Z/D+C e-Paper 2017/09, S. 24 und 2017/08 S. 21 und Druckheft 2017/09–10, S. 30 und S. 28). Besonders im ländlichen Raum müssten die schwierigen Fälle Vorrang haben. Bangladeschs Fortschritte im Kampf gegen die Müttersterblichkeit sind ordentlich, und das Land ist reicher und viel dichter bevölkert als Äthiopien. Es ist kaum vorstellbar, dass seine ländliche Gesundheitsinfrastruktur schlechter als die Äthiopiens ist.

Das Anliegen der neuen Gates-Publikationsreihe ist wichtig. Um zu ernsthafter Entwicklungsdebatte beizutragen, reichen ein paar interessante Aussagen aber nicht. Die nächsten Ausgaben müssen weniger oberflächlich ausfallen.

LINK

Bill & Melinda Gates Foundation: Goalkeepers – The stories behind the data 2017.
<http://www.globalgoals.org/goalkeepers/datareport/>



Weltweite HIV-Neuinfektionen.

0,7-PROZENT-VERSPRECHEN

Unverzichtbare Staatsausgaben

Die weltweite staatliche Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) hat 2016 das Rekordniveau von 140,1 Milliarden Dollar erreicht. Dennoch sieht die ONE Campaign, hinter der superreiche Philanthropen stehen, Grund zur Sorge: Der ODA-Anteil, der den am wenigsten entwickelten Ländern (least developed countries– LDCs) zukommt, ist rückläufig. Zudem erfüllen die meisten Geberländer das Versprechen, 0,7 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für ODA aufzuwenden, noch längst nicht.

Von Hans Dembowski

Um Geberländer zur Rechenschaft zu ziehen, veröffentlicht ONE jährlich den Data-Bericht, der ODA-Trends dokumentiert. Die aktuelle Ausgabe zeigt, dass voriges Jahr nur sechs Mitgliedsländer der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), eines Verbunds der reichen Nationen, das 0,7-Prozent-Versprechen erfüllten. Insgesamt steckten alle OECD-Länder zusammen nur 0,31 Prozent ihrer Wirtschaftsleistung in die Entwicklungshilfe. ONE fordert deshalb, dass der Aufwand sich mehr als verdoppeln muss.

Der neue Bericht erkennt an, dass die ODA-Ausgaben insgesamt voriges Jahr um 7,4 Prozent gestiegen sind. Die Autoren halten aber fest, dass der Aufwand für Flüchtlinge, die in Geberländern leben, besonders stark zugenommen hat. Er machte voriges Jahr 15,4 Milliarden Dollar aus, fast elf Prozent der gesamten ODA. Und von den sechs Ländern, die das 0,7-Prozentziel erreichten, taten drei das nur dank der heimischen Flüchtlingsförderung. Eines davon war Deutschland, und ONE lobt das Versprechen der Bundesregierung, die 0,7 Prozent auf Dauer einzuhalten, wenn die Flüchtlingsausgaben wieder sinken.

ONE zufolge sind die Zahlungen für Flüchtlinge wichtig, sollten aber nicht als ODA gewertet werden, weil sie kaum dazu beitragen, das Los der Menschen in den ärmsten Weltgegenden zu verbessern. ODA werde besonders in LDCs gebraucht, um

Armut zu bekämpfen und das Erreichen der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele zu ermöglichen. Der Anteil der LDCs an der weltweiten ODA ist aber ONE zufolge von rund einem Drittel 2013 auf 28 Prozent im vorigen Jahr gesunken. Deshalb sei „die Qualität der ODA in Gefahr“. In absoluten Zahlen stagniere die ODA für LDCs.

Der aktuelle Bericht beschäftigt sich auch mit dem Steueraufkommen der Entwicklungsländer und ausländischen Direktinvestitionen (foreign direct investments – FDI). Das entspricht den Beschlüssen der Financing for Development-Konferenz in Addis Abeba vor zwei Jahren. ONE erkennt in Afrika eine Krise der heimischen Ressourcenmobilisierung. Die gesamten inländischen Staatseinnahmen des Konti-

Afrika bekommt von den weltweiten FDI den ONE-Daten zufolge nur knapp drei Prozent ab. Davon wiederum fließen drei Viertel an nur sechs Länder. ONE urteilt, ODA könne zur Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen dienen, um mehr FDI anzulocken. Allerdings könne Privatkapital staatliche Investitionen nicht ersetzen. ODA bleibe lebenswichtig für die verwundbarsten Länder, die sich schwer-täten, ausreichend heimische Ressourcen zu mobilisieren.

ONE bezeichnet sich als „Kampagnen- und Lobbyorganisation“. Das stimmt, verbirgt aber, dass hinter ONE superreiche Philanthropen stehen. Im Aufsichtsrat sitzen Milliardäre sowie Personen aus dem familiären oder geschäftlichen Umfeld von Bill Gates, Warren Buffett, Mark Zuckerberg, Michael Bloomberg und George Soros. Auch Mo Ibrahim und Aliko Dangote, zwei prominente afrikanische Unternehmer, sind mit dabei.

Besonders bekannt für sein ONE-Engagement ist der irische Rockstar Bono. Sein Alternativ-Kultur-Image überdeckt,



Bill Gates und Bono.

nents seien seit 2012 um fast 24 Prozent gesunken. Als Ursachen nennt ONE niedrige Rohstoffpreise, große informelle Sektoren und komplizierte Steuergesetze, ebenso wie schwache Behörden, Korruption und illegitime Finanzflüsse. Afrikas Regierungen müssten die Lage verbessern und zudem höhere Budgetanteile Gesundheit, Bildung und Landwirtschaft widmen. ONE warnt zugleich, die Verschuldung afrikanischer Länder nehme wieder zu.

dass ONE die Weltsicht einiger der reichsten Menschen überhaupt vertritt. Bemerkenswerterweise finden diese Staatshandeln für das Gedeihen von Märkten unverzichtbar.

LINK

ONE Campaign: Data-Bericht 2017– In Afrikas Jahrhundert investieren (mit einigen Geberland-Profilen).

http://one.org.s3.amazonaws.com/pdfs/one_data_report_2017_de.pdf



Werden Sie
unser Fan auf
Facebook!



www.facebook.com/development.and.cooperation

D+C
Development + Cooperation

D+C Development and Cooperation
@development.and.cooperation

Home
Posts
Photos
About
Community
Create a Page

EL PARAISO

Like Follow Share ...

Learn More Message

Magazine in Frankfurt, Germany

Community See all

Invite your friends to like this Page
176,507 people like this
176,507 people follow this

About See All

Send message
www.dandc.eu
Magazine

Pages liked by this Page

ONE ONE Like

SAIA South African Institut... Like

Translocal Resilience... Like

D+C D+C Development and Cooperation
17 hrs · 6

#ColonialApas: Will legal action bring about the recognition of genocide? Herero representatives have filed a claim at a New York court against Germany.

Representatives of the Herero people demand reparations from Germany for a genocide committed in 1904-1908.



FAIRER HANDEL

Kakaobauern leiden unter Preisverfall

Die Lebensbedingungen der Kakaobauern hängen von zahlreichen Faktoren ab. Der Weltmarktpreis spielt eine wichtige Rolle, aber auch die Bildung der Bauern, nachhaltiger Anbau und Vermarktung. Schokoladenproduzenten haben sich freiwillige Selbstverpflichtungen auferlegt, zudem sollten sie sich an die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte halten.

Von Linda Engel

Kleine Betriebe in Côte d'Ivoire und Ghana bauen zusammen rund 60 Prozent des weltweiten Kakaobedarfs an. Die meisten dieser Familienbetriebe haben nur eine Handvoll Hektar Land. Viele Bauern leben unter der Armutsgrenze, und auch ihre Kinder müssen häufig mitarbeiten.

Seit Ende 2016 hat sich die Lage zusätzlich verschlechtert, da der Kakaopreis am Weltmarkt stark eingebrochen ist. Edward Akapire von Fairtrade Afrika betont, welche große Rolle dieser Preis spiele: Er bestimme, wie viel die Bauern investieren, aber zum Beispiel auch, ob sie ihre Kinder zur Schule schicken können. Für junge Menschen sei ein Einstieg in den Kakaoanbau derzeit nicht attraktiv.

Die Branche steht zusätzlich unter Druck, weil sich für die nächsten Jahre Engpässe in der Produktion abzeichnen. Eine Schwierigkeit besteht darin, dass die Bäume nur einige Jahre Früchte in guter Qualität tragen. Die Bauern müssen daher regelmäßig junge Kakaobäume nachpflanzen, die erst nach einigen Jahren erntereife Früchte tragen. Somit bringt nur ein Teil der Bäume Geld ein, und Investitionen rechnen sich erst spät. Viele Bestände in Ghana und Côte d'Ivoire gelten als veraltet.

Große Schokoladenproduzenten reagieren darauf unter anderem mit freiwilligen Selbstverpflichtungen. Die Firmen sind dem Käufer einer Tafel Schokolade zumeist unbekannt, dominieren aber das Geschäft

mit der Weiterverarbeitung der tropischen Frucht. Der Weltmarktführer Barry Callebaut hat sich beispielsweise zum Ziel gesetzt, bis 2025 die Lebensbedingungen einer halben Million Bauern zu verbessern und Kinderarbeit zu beenden. Marina Morari von Barry Callebaut sagt: „Wir wollen angemessene Lebensgrundlagen sehen.“

Der Weltmarktpreis sei dafür ein wichtiger Faktor, aber nicht der einzige, erklärte sie bei einer Podiumsdiskussion auf der Lebensmittelmesse Anuga im Oktober in Köln. Den Bauern fehle es häufig an Bildung und Informationen, um gut wirtschaften zu können. Viele wüssten beispielsweise gar

Kakaoanbau in Ghana.



nicht, wie groß ihr Land eigentlich sei und könnten somit auch nicht errechnen, wie viel Düngemittel sie benötigten.

FAIRER HANDEL WÄCHST

Engagierten Unternehmen geht es nicht nur um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, sondern auch darum, Umweltschäden wie Entwaldung zu vermeiden. Sie arbeiten auf nationaler oder internationaler Ebene mit zivilgesellschaftlichen und staatlichen Akteuren zusammen. „Fortschritte lassen sich nur gemeinsam erzielen“, sagt

Wolf Kropp-Büttner vom Forum Nachhaltiger Kakao, in dem sich die Bundesregierung, die deutsche Süßwarenindustrie, der deutsche Lebensmittelhandel und die Zivilgesellschaft zusammengeschlossen haben, um die Lebensumstände der Kakaobauern und ihrer Familien zu verbessern sowie den Anbau und die Vermarktung nachhaltig erzeugten Kakao zu erhöhen.

Kropp-Büttner bewertet die Fortschritte der letzten Jahre vorsichtig optimistisch. Immer mehr Unternehmen bezögen zertifizierten Kakao nach anerkannten Standards beispielsweise von Rainforest oder Fairtrade. In Deutschland mache er mittlerweile knapp die Hälfte der Gesamtmenge aus. Kritische Stimmen fordern jedoch auch von den Schokoladenproduzenten wie Barry Callebaut, mehr Kakao aus fairem Handel zu verwenden. Derzeit reagierten die Hersteller lediglich auf Nachfrage ihrer Geschäftskunden.

Es wäre schon viel geholfen, wenn Unternehmen sich an die 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Men-

schenrechte halten würden. Demnach sollen Firmen beispielsweise garantieren, dass Einzelpersonen oder Gruppen sich über Menschenrechtsverstöße beschweren können, die von den Unternehmen vor Ort verursacht werden. Die Verantwortung der Unternehmen ist dort besonders groß, wo der Staat fragil oder schwach ist. Auf Grundlage der Leitprinzipien haben mittlerweile rund 20 Länder sogenannte Nationale Aktionspläne entwickelt, darunter auch Deutschland. Damit wollen sie sicherstellen, dass die nationalen Unternehmen die Prinzipien auch international achten.

FLÜCHTLINGE

Wasserkoffer

Zu den Gründen für Migration zählt zunehmend auch der Klimawandel. Gleichzeitig verschärfen Migranten die Wasserknappheit in aufnehmenden Gebieten. Ein tieferes Verständnis der Vulnerabilität von Menschen ist daher unerlässlich.

Von Masha Motlagh

James Kung'u, Professor an der Kenyatta-Universität in Kenia, untersucht Migration im Kontext von Wasserkonflikten und Klimawandel. Er konzentriert sich dabei auf ländliche Gemeinden im Norden Kenias. Aufgrund der zunehmenden Häufigkeit und Schwere von Dürren müssen Viehhalter mit ihren Herden immer weitere Strecken wandern, um Wasser und Futter zu finden. Mit den Wetterveränderungen verändern sich auch Migrationsmuster. Es kommt zu Konflikten und Wettbewerb – ein Szenario, das sich auch in anderen afrikanischen Ländern beobachten lässt (für ein Beispiel aus Nigeria siehe E+Z/ D+C e-Paper 2017/06, S.19, und Druckheft 2017/07–08, S.26). Laut Kung'u geben Menschen in ländlichen Regionen zunehmend ihre traditionellen Lebensgrundlagen auf und suchen in den Städten oder im Ausland nach neuen Möglichkeiten.

In Afrika sind laut Chrispin Kowenje, Professor an der Masono-Universität in Kenia, rund drei Viertel aller Menschen für ihren Lebensunterhalt von der Natur abhängig und auf Wasser angewiesen. Deshalb ist Regen sehr wichtig. Bevölkerungswachstum und Klimawandel sind die größten Herausforderungen für Regierungen. Allerdings fehlt es an gut ausgearbeiteten Richtlinien und angemessenen Vorschriften. Wasserressourcen müssen laut Kowenje besser verwaltet werden, unterstützt durch internationale Kooperation.

Klimawandel, Wasserverfügbarkeit und Migration hängen zusammen, wie Mukand Babel vom Asian Institute of Technology in Thailand bei einer Konferenz des Institute for Technology and Resources Management in the Tropics and Subtropics (ITT) der TH Köln im September in



Syrische Flüchtlinge stehen im Juni 2016 in einem jordanischen Flüchtlingslager an, um Wasser zu holen.

Köln bestätigte. Plötzliche Umweltveränderungen können die Lebensgrundlagen von Menschen zerstören und sie dazu zwingen, ihren Wohnort zu verlassen. Laut Babel sind in China, Indien und den Philippinen die meisten Menschen aufgrund von Extremwetterereignissen, Dürren, Wüstenbildung und Veränderungen der Niederschlagsmuster auf der Flucht.

Wenn Menschen eine Region verlassen, reduziert sich der Wasserbedarf dort. Dafür steigt er in den Zielorten an. Für Babel ist der Wasserbedarf von Flüchtlingen deshalb wie ein „Koffer“, den sie immer mit sich tragen. Ihre Bedürfnisse müssten sorgfältig analysiert werden. Beispielsweise hat Jordanien Millionen syrischer, irakischer und palästinensischer Flüchtlinge aufgenommen. Sowohl der Zuzug von Flüchtlingen als auch der Klimawandel verstärkten den Mangel an Wasser und Existenzgrundlagen. Nahrungsmittel-, Wasser- und Gesundheitssicherheit seien zunehmend in Gefahr. Gleichzeitig gehört Wasserknappheit zu den Konflikttreibern in Jordaniens zerrissenen Nachbarländern.

Arwa Hamaideh von der Universität von Jordanien stimmt dem zu. Ihr Land tut sich schwer damit, die steigende Anzahl an Menschen unterzubringen. Die größte Herausforderung besteht darin, die Grund-

bedürfnisse der Flüchtlinge zu decken. Der Zugang zu Wasser ist essentiell und schlechte Infrastruktur die größte Hürde. Laut Hamaideh wird schlechtes Wasser aus schmutzigen Tanks verkauft. Zudem führt der zunehmende Grundwasserbedarf in Grenzgebieten dazu, dass Ressourcen erschöpft werden. Die Flüchtlingslager brauchen Bildung, Abwassermanagement und Sanitäranlagen, und das Wassersparen muss gefördert werden. Dafür ist Jordanien auf finanzielle Unterstützung angewiesen, denn die Flüchtlingskrise ist kein temporäres Problem. Hamaideh betont, dass der Klimawandel Probleme erzeuge, die durch den Zuzug von Migranten verstärkt werden.

Wasserverfügbarkeit wird laut Nina Röttgers von der TU Berlin sowohl durch Naturkatastrophen als auch durch bewaffnete Konflikte reduziert. So oder so kann Wasserknappheit Migration und Flucht auslösen. Röttgers hat die Auswirkungen des syrischen Bürgerkriegs auf die Stadt Rojava sowie die Auswirkungen des nepalesischen Erdbebens von 2015 untersucht. Der Wiederaufbau wird häufig dadurch erschwert, dass viele gut ausgebildete Menschen die zerstörten Gebiete verlassen. Laut Röttgers hat es 2000 Naturkatastrophen seit dem Jahr 2000 gegeben, 100 davon betrafen mehr als 50 000 Menschen.

Diskutieren, wie man Frauen am besten demütigt

Ugandische Medien berichten oft demütigend über Frauenthemen und weibliche Sexualität. Manche wollen Frauen nur schlechtmachen, manche hoffen aber, eine Debatte für Veränderung anzustoßen.

2015 feuerte NTV, eine von Ugandas größten Fernsehstationen, eine Moderatorin, nachdem sie Opfer von Rache-Pornographie geworden war. Die Manager schickten sogar eine Mitteilung an die weiblichen Angestellten und warnten sie davor, Nacktfotos machen zu lassen, und drohten mit Entlassung, wenn solche Bilder veröffentlicht würden. Dies gilt nicht nur, wenn eine Angestellte Bilder von sich selbst veröffentlicht, sondern auch, wenn jemand anderes dies tut.

Der Personalchef von NTV, Solomon Muhirwa, war für diese innerbetriebliche Mitteilung verantwortlich. „Als Medienhaus müssen wir einen Standard einhalten“, sagt er. „Wir wollen bestimmte Unsitten vermeiden, zu der sich manche Moderatorinnen vielleicht verleiten lassen. Sonst wird dies zum Problem für den Sender.“ Er betont: „Wir müssen unseren guten Namen schützen.“

Wenn Mitarbeiterinnen diese Dinge nicht kontrollieren könnten, sei NTV der falsche Platz für sie, sagt er. „Fernsehper-

sönlichkeiten sollten hart daran arbeiten, sich zu schützen. Man kann Nacktfotos machen, aber wenn sie öffentlich werden, sind die Konsequenzen hart.“

Eine ugandische Tageszeitung, der Daily Monitor, druckt regelmäßig umstrittene Artikel zu Frauenthemen. Ein Text zitierte beispielsweise einen Minister, der Frauen riet, ihren Ehemännern Sex nicht zu verweigern, um häusliche Gewalt zu vermeiden. In einem anderen umstrittenen Kommentar schrieb ein männlicher Autor, dass Frauen sich damit abfinden müssten, dass ihre Männer sie durch die Haushaltshilfe ersetzen, wenn sie die Hausarbeiten wie Kochen nicht erledigen würden.

Eunice Rukundo ist die Kulturredakteurin des Daily Monitor. Warum publiziert sie Artikel, die Frauen niedermachen? „Eine der Aufgaben der Medien ist es, Dialog zu fördern“, erklärt Rukundo. „Jedes Mal, wenn wir über ein kontroverses Thema publizieren, will ich einen Dialog auslösen.“ Sie meint, dass die Frauenbewegung Fortschritte mache und dass es wichtig sei, dass die Menschen solche Themen diskutierten. „Nehmen wir das Beispiel des Ministers, der Frauen aufforderte, unterwürfig zu sein, um nicht geschlagen zu werden. Wenn die Leser das diskutieren, lernen auch die Minister etwas darüber. Wenn wir still bleiben, dann sagen diese Funktionäre, was sie wollen“, meint Rukundo.

Die digitale Plattform der Zeitung bietet ein Forum für eine Debatte in den sozialen Medien. „Wenn wir diese Dinge nicht bekannt machen, wissen wir nicht, was unter den Leuten geredet wird, und es stünde nicht zur Debatte.“ Die Kulturredakteurin meint, es sei in Uganda jetzt zunehmend inakzeptabel, Frauen schlechtzumachen „weil wir darüber reden.“



LINDSEY KUKUNDA
ist Journalistin, Trainerin für digitale Sicherheit und Direktorin der zivilgesellschaftlichen

Organisation „Not Your Body“. Sie lebt in Kampala, Uganda.

lindseykukunda@gmail.com

Twitter: @RizaLouise, @NotyourbodyUg

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
58. Jg. 2017

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
<http://www.engagement-global.de>

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer:
Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71-81
D-60327 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Sheila Mysorekar, Eva-Maria Verfürth,
Dagmar Wolf (Assistentin)
Tel. (0 69) 75 01-43 66,
Fax (0 69) 75 01-48 55,
euz.editor@fazit-communication.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die FAZIT Communication GmbH.
Art direction: Sebastian Schöpsdau, Layout: Nina Hegemann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer, Carola Torti

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH,
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fs-medien@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4-6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Der auszugsweise oder vollständige Nachdruck der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und in D+C Development and Cooperation veröffentlichten Beiträge ist mit Quellenangaben gestattet. Wir bitten jedoch um Übersendung von jeweils zwei Belegexemplaren. Diese pauschale Genehmigung bezieht sich nicht auf die im Blatt verwendeten Fotografien.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.



MENSCHLICHE SICHERHEIT

Globales Schweigen trotz Genozid-Anzeichen

Mehr als 500 000 Rohingya – vor allem Frauen und Kinder – sind in den vergangenen Wochen nach Bangladesch geflohen. Tausende starben auf der Reise. Bangladesch ringt mit einer humanitären Krise, weil die Armee Myanmars als Reaktion auf den Angriff einer bewaffneten Rohingya-Organisation auf Polizeistationen und ein Militärlager am 25. August nun brutal gegen die gesamte Volksgruppe vorgeht.

Von Ridwanul Hoque

Die Rohingya sind eine muslimische Minderheit im Bundesstaat Rakhine in Myanmar. Sie sind Diskriminierung ausgesetzt. Das überwiegend buddhistische Myanmar erkennt sie nicht einmal als Staatsbürger an. Seit langem fliehen Rohingya aus dem Land – vor allem ins benachbarte Bangladesch.

Die aktuelle Krise ist besonders schlimm. Für Zeid Ra'ad Al Hussein, den Hohen Kommissar der UN für Menschenrechte, ist sie ein „Lehrbuch-Beispiel ethnischer Säuberungen“. Berichtet wird von willkürlichen Tötungen, niedergebrannten Dörfern und Feldern, Vergewaltigungen und dem „Verschwinden“ von Menschen. Die Täter gehören der Armee an. Soldaten wird vorgeworfen, auf Flüchtlinge geschossen, den Boden vermint und Grenzzäune elektrifiziert zu haben. Weniger bekannt ist, dass unter den Binnenvertriebenen auch 30 000 Menschen sind, die nicht Muslime sind, und dass auch Hindus über die Grenze von Myanmar nach Bangladesch kommen.

Dies ist die zweite große Repressionswelle, seit Aung San Suu Kyi 2015 an die Macht kam. Die Nobelpreisträgerin hat zwar kein Regierungsamt inne, hält aber als Chefin der Regierungspartei die Zügel in der Hand. Dass sie schweigend zuschaut, wie das Militär Menschenrechte einer Minderheit verletzt, verstört zutiefst.

Bangladesch muss mit dieser Krise bislang allein fertig werden. Die Regierung sagt zwar, dass alle Flüchtlinge irgendwann heim-

kehren müssen. Ihre Priorität ist aber, Leben und Gesundheit der Betroffenen zu schützen. Bangladesch ist ein kleines, armes Land mit einer Bevölkerung von 160 Millionen. Schätzungen zufolge lebten hier vor der aktuellen Krise bereits 500 000 Rohingya, und nun ist die Zahl laut Stand von Mitte Oktober, als dieser Beitrag fertig gestellt wurde, wohl auf über eine Million gestiegen. Bangladesch ist überfordert.

Die Türkei, Indonesien und Malaysia haben schnell reagiert und Hilfe für die Unterbringung und Integration der Flüchtlinge in Bangladesch versprochen. Auch Deutsch-

islamfeindliche Haltungen bekannt. Seine Regierung will Rohingya-Flüchtlinge, denen sie „Terrorismus“ vorwirft, abschieben, kann das aber wegen eines schwebenden Verfahrens beim Obersten Gericht zurzeit nicht tun. Indien will definitiv keine zusätzlichen Flüchtlinge aufnehmen. Einerseits verspricht Modi Bangladesch Reislieferungen, andererseits erwägt er Waffenverkäufe an Myanmars Militär.

China und Russland stehen hinter Myanmar. Die USA zeigen keinerlei Willen einzugreifen. Also kommt es nun auf Bangladeschs Fähigkeit an, in Gesprächen mit Myanmar etwas zu erreichen. Dhaka äußert Zuversicht bezüglich einer friedlichen Lösung und hat sogar geduldet, dass Militärhubschrauber aus dem Nachbarland zwei Mal seinen Luftraum verletzen. Eine interessante Wendung ist, dass Bangladesch Reis aus Myanmar einführen will.

Die UN müssen das Problem der ethnischen Säuberung in Myanmar endlich ernst nehmen. Sie haben eine internationale



Improvisiertes Flüchtlingslager im äußersten Südosten von Bangladesch.

land und der Iran haben Unterstützung zugesagt. Es reicht aber nicht, wenn andere Nationen Geld und Lebensmittel schicken. Sie sollten selbst Rohingya-Flüchtlinge aufnehmen – zumindest zeitweise.

Trotz klarer Anzeichen von Völkermord haben Weltgemeinschaft und westliche Medien lange geschwiegen. Der UN-Sicherheitsrat hatte das Thema zwei Mal auf der Tagesordnung. Die erste Sitzung ergab einen Aufruf an Myanmar, die Gewalt einzustellen. Die zweite blieb ergebnislos.

Indiens Haltung ist fragwürdig. Ministerpräsident Narendra Modi hat in Myanmar im September Unterstützung für die Regierung geäußert. Seine Partei ist für

Schutzverantwortung. Offenbar ist eine echte Lösung unmöglich, solange Myanmar die Rohingya nicht als Staatsbürger anerkennt.

Bangladesch handelt. Andere Länder müssen auch Druck auf Myanmar machen. Die wachsende internationale Aufmerksamkeit zeigt bereits Wirkung, denn Myanmar hat sich widerwillig bereit erklärt, „einige“ Flüchtlinge zurückzunehmen. Derweil geht allerdings die Verfolgung im Land weiter.



RIDWANUL HOQUE
ist Juraprofessor an der
Universität von Dhaka.

ridwandulaw@gmail.com

INDUSTRIE

Asiatische Lektionen für Afrika

Viele westliche Beobachter machen sich Sorgen über Ausbeutung in den Textilfabriken von Bangladesch. Wo sie Armut und Elend sehen, erkennt ein afrikanischer Experte indessen ein vielversprechendes Entwicklungsmodell für Länder südlich der Sahara.

Von Belay Begashaw

Die Industrie ist in Afrika unterentwickelt. Ihr Anteil an der Wirtschaftsleistung ist deprimierend klein. Der Weltmarkt für fertige Güter hatte 2014 ein Volumen von 1 230 Milliarden Dollar, und davon bekam Afrika laut dem Londoner Economist nur 1,5 Prozent ab. Um Arbeitsplätze zu schaffen, muss das verarbeitende Gewerbe wettbewerbsfähig werden.

Bislang exportiert Afrika vor allem agrarische und mineralische Rohstoffe. Die Wertschöpfung bleibt gering, denn in den Produktionsländern wird kaum etwas verarbeitet. Der Weltbank zufolge machten 2014 Rohstoffexporte 46,3 Prozent der afrikanischen, aber nur 10,3 Prozent der globalen Ausfuhren aus.

Andererseits ist Afrika heute ein riesiger Markt für verarbeitete Waren und Dienstleistungen aus anderen Kontinenten. Die Einfuhr von Gütern, die aus afrika-

nischen Rohstoffen gefertigt wurden, frisst Währungsreserven auf.

Eine Option ist, die Textil- und Bekleidungsindustrie auszubauen. Afrika importiert rund 85 Prozent seiner neuen Kleider, und das schließt sogar traditionelle Trachten ein. Der Einfuhranteil ist viel zu hoch. Afrika hat viele unterbeschäftigte und arbeitslose Menschen, die etwas zur Bedienung der großen heimischen Nachfrage beitragen könnten.

Wo Industrialisierung im Lauf der Geschichte einsetzte, ging es fast immer mit der Textilproduktion los. Aktuelle Beispiele sind Bangladesch und Vietnam. Beide Volkswirtschaften sind in den vergangenen Jahrzehnten schnell gewachsen, und die Industrie wurde dort stetig wichtiger. Beide Länder haben auch die Armut deutlich reduziert.

Diese Art von Erfolg brauchen afrikanische Länder. Sie täten gut daran, von den asiatischen Vorbildern zu lernen. Ein zentrales Thema ist die Infrastruktur, welche die Textilindustrie (und andere Branchen) brauchen: Straßen, Strom, Wasser, Häfen, Märkte, Finanzdienstleistungen und so weiter. Wo es an diesen Dingen hapert, fallen die Produktionskosten viel höher aus.

Leider versäumt die Politik auch, Investitionen in afrikanische Textilunternehmen zu fördern. Wegen Schmuggel werden

afrikanische Märkte mit Billigkleidung aus Übersee überflutet, und heimische Ware wird verdrängt. Da weder Steuern noch Zölle bezahlt werden, leiden zudem die Staatshaushalte.

Afrikanische Volkswirtschaften müssen jede Stufe der textilen Wertschöpfungskette (Spinnen, Weben, Färben, Drucken et cetera) übernehmen. So kann Arbeit für Massen ungelerner Menschen entstehen. Bislang betreiben die Regierungen dieser Weltregion aber keine Politik, die die Branche voranbringen würde. Defizite gibt es bei Infrastruktur, Gesetzgebung und steuerlichen Anreizen.

Die Arbeitskosten sind in Afrika gering. Textilarbeiter verdienen derzeit 40 bis 160 Dollar im Monat. Afrikanische Unternehmen sind aber recht klein. Nur sehr wenige beschäftigen mehr als 200 Leute. Wenn die Rahmenbedingungen besser würden, könnten diese Firmen schnell expandieren.

Afrikas Industrieproduktion wuchs 2014 um 3,9 Prozent. Der Ausbau der Infrastruktur würde ihr zusätzlichen Schwung verschaffen. Derweil würde schnelles Wachstum der Textilindustrie die Zukunftschancen des Kontinents dramatisch verbessern.

Afrika ist die Wiege der Menschheit. Der Kontinent ist kulturell und ökologisch sehr vielfältig. Konsumenten weltweit sind beeindruckt von seiner breiten Palette an Stoffen, Mustern und traditioneller ebenso wie moderner Kleidung. Jährlich werden afrikanische Textilien mit raffinierten Mustern und Stickereien im Wert von mehr als 4 Milliarden Dollar an Endverbraucher verkauft. Auf dieser Basis kann die Textilentwicklung nun zügig aufbauen.

Afrikanische Regierungen haben im Rahmen der UN-2030-Agenda mit den Nachhaltigkeits-Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals – SDGs) und der 2036-Agenda der Afrikanischen Union versprochen, die Lebensbedingungen in ihren Ländern zu verbessern. In diesem Kontext ist die Textilindustrie vielversprechend. Sie kann Millionen Menschen aus der Armut heben – und vielleicht auch hunderte von Millionen.



BELAY BEGASHAW
leitet das Sustainable Development Goals Center for Africa (SDGC/A) in Kigali.
bbegashaw@sdgcafrica.org



Globale Aufmerksamkeit: African Fashion Week in Toronto im August 2017.

Investitionen sind der Schlüssel zu guter Arbeit

Ndongo Samba Sylla: Weshalb das westliche Modell scheitert, E+Z/D+C e-Paper 2017/10, S. 24.

Im ersten Absatz weckt Ndongo Samba Sylla mit seiner Forderung nach einem neuen Entwicklungsparadigma die Erwartung auf pragmatische, politisch und wirtschaftlich stimmige Vorschläge. Zu Recht merkt er an, dass Afrikas Erwerbsbevölkerung vor allem informell beschäftigt ist und dass der ländliche Raum von kleinen Familienbauernhöfen geprägt ist, auf denen vor allem die Frauen arbeiten. Agrarbetriebe im Umland der Städte oder Plantagen, die es selbstverständlich auch gibt, erwähnt er nicht. Er betrachtet auch Selbstständige als informell beschäftigt, weil sie keine Steuernummer und keine Sozialversicherung haben. Während er erwähnt, dass ländliche Armut mit der geringen Produktivität zu tun hat, versucht er nicht, die Ursachen zu erklären.

Nach dieser recht kruden Beschreibung analysiert der Autor die Ursachen der ökonomischen Probleme. Angesichts seines Arbeitgebers überrascht es kaum, dass er die üblichen Verdächtigen nennt: die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds (IWF). Dies ist eine grobe Vereinfachung, denn Afrika hat ein beachtliches Wachstum erlebt, das nicht nur auf höheren Rohstoffpreisen basierte. Ursächlich war auch, dass der destruktive Trend der Auslaugung gan-

zer Volkswirtschaften durch schlecht geführte staatliche und halbstaatliche Unternehmen gestoppt oder zumindest gebremst wurde.

Um nur ein Beispiel zu nennen: In den frühen 1990er Jahren stellte die tansanische Regierung bei der Prüfung ihrer 27 regionalen Agrarkooperativen fest, dass alle rote Zahlen schrieben – und zwar trotz großer (häufig geberfinanzierter) Maschinenparks, gut gefüllter Speicher und ausstehender Zahlungen für noch unbezahlte Lieferungen oder Dienstleistungen. Aus solchen und ähnlichen Gründen brachen viele afrikanische Volkswirtschaften unter unbezahlbaren Schulden, aufgeblähten Staatsapparaten und Ineffizienzen in allen Sektoren zusammen. Diese Probleme sind geringer geworden, auch weil Regierungen mit der Unterstützung von Weltbank und IWF Strukturanpassungsprogramme starteten.

Aus der Luft greift der Autor dann seine These, Afrika könne das westliche Entwicklungsmodell nicht kopieren, wobei er gar nicht definiert, was dieses Modell denn ausmacht. Der Westen ist nicht reich geworden, weil die Bauernhöfe vergrößert wurden, wie der Autor nahelegt. Beim Entwurf einer alternativen Agenda vermischt Sylla Fakten mit Fiktion. Er fordert, Entwicklung müsse auf kleinen Familienfarmen aufbauen, geht aber nicht darauf ein, dass viele dieser Kleinbetriebe unprofitabel sind. Seine These, dass



Landfrauen in Burkina Faso.

Landwirtschaft der Sektor sei, den Regierungen und internationale Partner am stärksten vernachlässigen, lässt sich mit wenigen Zahlen widerlegen.

Zweitens fordert Sylla wirtschaftliche Diversifizierung, bietet aber – abgesehen von der Plattitüde, mehr Rohstoffe im Ursprungsland verarbeiten zu lassen – keinerlei Hinweis auf eine geeignete Strategie. Auf die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Diversifizierung, etwa höhere Investitionen, geht er nicht ein. Damit investiert wird, müssen aber zunächst die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen stimmen – wie von IWF und Weltbank empfohlen. Um das Investitionsklima zu verbessern, ist der politische Wille nötig, das Arbeitsrecht flexibler zu gestalten, den Verwaltungsaufwand zu reduzieren und mit umfangreichen Reformen den innerafrikanischen Handel voranzutreiben, auch mittels einer verbesserten Infrastruktur und „Good Governance“.

Der Autor fordert mehr Solidarität statt Wettbewerb.

Leider ist Afrika aber weitgehend vom Wettbewerb abgeschirmt. Investoren kämen gern nach Afrika, gäbe es denn einen freien Markt, nicht nur für Waren, sondern auch für Kapital und Arbeit. Syllas Vorstellung von Solidarität bleibt nicht nur für Waren, sondern auch für Kapital und Arbeit schwammig. Will er vielleicht unwirtschaftliche Unternehmen subventionieren? Sein anderer Vorschlag, mehr Migration aus Afrika zuzulassen, kann schwerlich als solidarisch durchgehen – denn diejenigen, die auswandern, sind überdurchschnittlich gut gebildet, körperlich fit und mobil. Es sind genau die Menschen, die Afrika eine bessere Zukunft verschaffen könnten, wenn sie denn berufliche Chancen hätten.

Reinhard Woytek
ist Programmdirektor bei
SADC Transboundary Use
and Protection of Natural
Resources. Er äußert hier
seine persönliche Meinung.
reiner@woytek.eu

DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT

Vorteilhafte Demokratie

Die Volksrepublik China ist nach den USA das einflussreichste Land der Welt. Ihr Erfolg ermutigt derzeit Potentaten und verunsichert Demokraten. Zur Jahrtausendwende gingen westliche Beobachter noch davon aus, Globalisierung und Modernisierung würden China nach und nach zu einer Demokratie machen. Heute halten viele diese These für naiv, andere sogar für widerlegt. Manch einer denkt vielleicht, der Wahlsieg von Donald Trump in den USA zeuge von der Überlegenheit autoritärer Herrschaft.

Von Hans Dembowski

Solche Überlegungen führen in die Irre. Die Demokratie ist aus vielen Gründen weiterhin überlegen. Diktaturen sind nun mal in der Regel nicht wohlmeinend, und das gilt auch für China. Mao Zedongs Kommunisten siegten 1949 im Bürgerkrieg. Unter seiner brutalen Herrschaft blieb das Land bettelarm, und Millionen starben in der Wirren des „großen Sprungs nach vorn“ und der „Kulturrevolution“.

Nach Maos Tod wurde vieles besser, aber wie jüngste Entwicklungen unter Xi Jinping nahelegen, vermutlich nicht für immer. In den 1980er Jahren sorgte Deng Xiaoping für graduelle ökonomische Liberalisierung und lockte internationale Investoren ins Land. Die Wirtschaft nahm Fahrt auf und wuchs jahrzehntelang rasant. Die Armut ging dramatisch zurück. Das Regime war weiterhin autoritär, erkannte aber im Grundsatz die Menschenrechte an und behauptete, es gebe ökonomischen und sozialen Rechten Vorrang vor politischen Rechten.

Heute ist von Menschenrechten gar keine Rede mehr. Xis Machtanspruch wird zunehmend absolut. Die Ungleichheit nimmt zu, und die Militärausgaben wachsen. Säbelrasseln ist normal geworden. Die vergleichsweise gütigen Jahre der Diktatur scheinen vorüber zu sein.

Viele Gründe sprechen aber dafür, dass autoritäre Herrschaft Wirtschaft und Gesellschaft in China nicht wirklich voranbringen wird. Leute massenhaft von der Ge-



Oligarchische Arroganz verbindet Donald Trump und Xi Jinping.

heimpolizei überwachen zu lassen ist sehr teuer, trägt aber nicht zum Wohlstand bei. Unterdrückung schüchtert zudem alle Unternehmer und Innovatoren ein, die nicht in unmittelbarem Staatsauftrag handeln. Wo es keine öffentliche Debatte gibt, werden Spitzenpolitiker auch nur spät auf schwelende Probleme aufmerksam, wenn sie denn unliebsame Nachrichten nicht lieber ganz unterbinden lassen. Selbstredend gedeiht auch die Korruption überall dort, wo keine Gewaltenteilung herrscht – egal, wie laut die Staatsspitze bekunden mag, sie zu bekämpfen.

Aus diesen und ähnlichen Gründen ist despotische Herrschaft tatsächlich ineffizient. Einem Zweck kann sie aber gut dienen: der Durchsetzung einer oligarchischen Ordnung. Solche Machtkartelle beuten ihre Länder aus, anstatt sie zu entwickeln. Die imposanten Militärapparate dienen dazu,

die Bürger – und vielleicht auch andere Länder – einzuschüchtern und den Eindruck globaler Bedeutung zu pflegen. Leider ähnelt China in dieser Hinsicht zunehmend Russland.

Deutschland hat im 20. Jahrhundert zwei totalitäre Diktaturen erlebt. Die Lehre der Naziherrschaft war, dass extremer Machtmissbrauch zu extremen Katastrophen führt. Die Lehre des SED-Regimes war, dass die DDR allenfalls auf dem Feld des Doping-Sports mit der Bundesrepublik mithalten konnte. Und falls sich aus Donald Trumps oligarchischer Arroganz und seiner „America First“-Rhetorik schon Lehren ziehen lassen, so sind es sicherlich zwei: Ansehen und Einfluss seines Landes leiden unter ihm, aber unzensurierte Medienberichterstattung und öffentliche Proteste machen es ihm schwer, besonders destruktive Ideen durchzusetzen.

Die große Ernüchterung



Hochwasser in Houston: Reichen dezentrale Handlungsoptionen, wenn die nationale Regierung den Klimawandel leugnet?

In der Klimaszene ist eine totale Ernüchterung eingeleitet. Der Weltstaat funktioniert nicht, Weltinnenpolitik ist immer noch lediglich Utopie. Laut Pariser Abkommen verfolgt jedes Land eine eigene, nationalstaatliche Klimapolitik. Aus wissenschaftlicher Sicht reicht das nicht. Die Lösung des Klimaproblems aber kann nicht darauf warten, bis eine echte Weltinnenpolitik den Schritt zur Realpolitik vollzieht.

Von Hans-Jochen Luhmann

Auf diese illusionslose Einsicht sind drei Reaktionen vorstellbar. Diese werden hier durch je eine Publikation repräsentiert.

- Man pfeift auf die „große Politik“ und versucht sich klarzumachen, wie das Problem ohne staatlichen Multilateralismus und sogar ohne Leitungsrolle der nationalen Regierung gelöst werden könnte. Dafür steht das Buch von Bloomberg und Pope (2017). Ermutigend ist dabei vielleicht der Gedanke, dass die fossil basierte Industriegesellschaft, die es nun zu verlassen gilt, auch nicht nach Masterplan geschaffen wurde.
- Man versucht der seelischen kollektiven Verstocktheit auf die Schliche zu

kommen, die sich in der Verweigerung einer (angemessenen) kollektiven Reaktion auf die Warnrufe manifestiert. Das Ziel der Analyse reicht dann weit über die Klimapolitik hinaus, aber auch diese Überzeugung ist inzwischen Allgemeingut: Es braucht die große Transformation der gegenwärtigen Form der Industriegesellschaft. Dieser Denkrichtung ist das höchst helllichtige Buch von Latour (2017) zuzurechnen.

- Dessen ungeachtet gilt die historische Erfahrung: Wer Großes erreichen will, ist gut beraten, wenn er dieses Ziel nicht explizit verfolgt. Die Geschichte der Revolutionen, zumindest in den Wissenschaften und den Künsten, zeigt, dass ein großer Umschwung am ehesten erreicht wird, wenn Autoren sich auf einen Wandel in einem (scheinbaren) Detail konzentrieren. Das ist nicht leicht, wenn man einmal erkannt hat, dass ein radikaler Wandel ansteht. Vertreter der nüchternen Naturwissenschaft vom Klimawandel aber sind dazu in der Lage. Das dritte Buch (Berry et al, 2017), das auf der Zusammenarbeit von rund 150 führenden Wissenschaftlern basiert, fragt schlicht: Was werden die Folgen sein, wenn die Menschheit weitermacht wie bisher? Für dieses Versagen steht im Titel der Ausdruck „High-

End Climate Change“: ein Blick in die Apokalypse – allerdings nur in Europa.

BLOOMBERG UND POPE

Die Autoren des ersten Buches sind zwei Prominente höchst unterschiedlicher Herkunft: Carl Pope, Umweltschützer und ehemaliger Exekutivdirektor und Chairman des Ökoverbands Sierra Club, sowie Michael Bloomberg, Medien-Unternehmer und ehemaliger Bürgermeister von New York. Konzipiert und weitgehend geschrieben wurde das Buch, als absehbar war, dass Donald Trump ins Amt des Präsidenten gelangen könnte, manche Teile auch erst, als er bereits im Amt war. Also ist das Buch zunächst einmal aus einem US-Fokus heraus geschrieben, etwa mit der Botschaft: Selbst wenn ein Klimaleugner auf den Präsidentensessel gelangt, erreichen wir Klimaziele dennoch, und zwar von unten, aus einem hohen demokratischen Selbstbewusstsein heraus.

Entsprechend ist das Buch geschrieben. Nach zwei einführenden Kapiteln zu Problem und Wissensstand folgen fünf Fachkapitel – von Energie bis Anpassung. Jeder Autor hat dazu je ein Unterkapitel verfasst. Im Energiekapitel zum Beispiel

schreibt Bloomberg über die „Kosten der Kohle“ und Pope über „grünen Strom“. Das Buch ist also kein im wörtlichen Sinne gemeinsames Werk der beiden Autoren. Das Abschlusskapitel verantworten sie aber gemeinsam.

Ob der Impetus, es gehe auch ohne Führung von oben, in den USA oder gar global funktionieren kann? Die Autoren weisen zu Recht darauf hin, dass ihre Überzeugung, dass die Welt den „coolen“ Weg gehen könnte, auf Dingen beruht, die meist keine große öffentliche Aufmerksamkeit erregen. Sie führen aus: „Jeder Teil des Problems des Klimawandels hat eine Lösung, die unsere Gesellschaft gesünder und stärker macht.“ Der Wandel mit positiven sozialen Folgen soll demnach durch dezentrales politisches Handeln und ökonomische Entscheidungen erfolgen. Dass insbesondere die USA solchen Wandel brauchen, steht außer Frage. Wieso das aber bislang nicht geschehen ist und nun auf einmal realisiert werden soll, wird nicht recht ersichtlich.

LATOUR

Das zweite Buch, von dem französischen Soziologen und Wissenschaftsphilosophen Bruno Latour, ist von einem ganz anderen Kaliber. Latour diskutiert die aktuelle ökologische Krise der Weltgesellschaft vor dem Hintergrund der Philosophiegeschichte, der europäischen Aufklärung und der Spannungen zwischen Wissen, Glauben und Macht.

Latour schaut furchtlos auf den Grund allfälliger Hoffnung – und dekonstruiert sie, wenn sie nicht tragen kann. Seine grundlegende Fragestellung formuliert Latour so: „<Wir> bleiben ... angesichts des ökologischen Wandels – statt wie unsere Ahnen angesichts der Entdeckung der neuen Länder außer Fassung zu geraten – ungerührt, gleichgültig, nüchtern, so als könnte uns im Grunde nichts mehr geschehen. Genau das gilt es zu verstehen.“

In einer normalen Situation, so Latour, hätte uns der Zustand der Erde bereits mobilisiert, „wie es Fragen der Identität, der Sicherheit oder des Eigentums immer tun“. Erklärt werden müsse deshalb, weshalb „die ökologischen Fragen unsere Identität, unsere Sicherheit und unser Eigentum nicht unmittelbar berühren“.

Auf diese Fragen gibt Latour in seinen im Februar 2013 gehaltenen „Gifford

Lectures on natural religion“ seine Antwort. Des Rätsels Lösung liegt in der Religion und religionsartigen Überzeugungen, die kollektive Identitäten prägen und den Menschen nicht unbedingt bewusst sind. US-Bürger fühlen sich demnach im Jenseits der Geschichte, was der prominente Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit seinem Buch „The end of history“ zwar anders meinte, aber klar erfasste. Wer sich als Schlusspunkt der Geschichte versteht, lässt sich von Bedrohungen historischen Ausmaßes kaum erschüttern. Dagegen kommt auch ein moderner Hiob wie der ehemalige Vizepräsident und Klima-Aktivist Al Gore nicht an.

BERRY ET AL.

Das Büchlein von Berry et al. (2017) ist aus drei getrennten, von der EU geförderten Großprojekten entstanden. Die Förderinstitutionen scheinen zu erkennen, dass die übliche Form der Darstellung von Forschungsergebnissen in 20-Seiten-Papieren, die schon sprachlich bedingt nur Fachkollegen verstehen können, nicht hinreicht. Nötig sind vielmehr gelegentliche integrierte Darstellungen, um das Bedürfnis der allgemeinen Öffentlichkeit, an den relevanten Ergebnissen der öffentlich finanzierten Wissenschaft teilzuhaben, zu befriedigen. Das kann nicht als Addition von Texten mit je 20 Seiten gelingen.

Integrativen Darstellungen ist eigen, dass sie von mehreren Personen und fachübergreifend geschrieben werden müssen. Selten sind sie bislang unter anderem deshalb, weil vielbeschäftigte Wissenschaftler sie tendenziell in ihrer Freizeit schreiben müssten. Dieses pionierhafte Buch ist ein wertvoller erster Versuch der EU-Generaldirektion Forschung (DG Research), das zu ändern.

Zur Behandlung ausgesucht wurden die Themen Landwirtschaft, Süßwasser, Küstenschutz, Forstwirtschaft, Umweltschutz, menschliche Gesundheit, Urbanisierung sowie der Zusammenhang von Klimawandel und Globalisierung. Auffällig ist, dass es überwiegend „naturnahe“ Bereiche sind. Lediglich bei Küstenschutz und Urbanem klingen vom Menschen geschaffene Infrastrukturen an.

Motiv für die Thematisierung ist letztlich die Beratung je sektorspezifischer Politik. Wichtig ist jedoch die Politik in

Bereichen, die behandeln, was langfristig vom Menschen in die Natur verbaut wird. Dazu gehören Infrastrukturen, also Vorhaben mit langer Lebensdauer. Die entsprechende Politik bedarf langfristiger Vorausschau.

Wirklich innovativ ist das Kapitel „Klimafolgen in einer zunehmend globalisierten Welt“. Bislang herrscht (auch) in der Klimawissenschaft ein territoriales Denken vor: Man modelliert den globalen Wandel, zoomt sich in die Region, die einen interessiert, und verkündet dann zu meist die Ergebnisse als „die“ zu gewärtigenden Folgen des Klimawandels.

Dieser Anspruch aber ist offenkundig irrig – in einer vernetzten Welt können Europa etwa Extremereignisse in einer anderen Region viel stärker tangieren, als wenn dieselben in Europa direkt auftreten. Dass die Wissenschaft sich dieses Irrtums endlich entledigt, ist die Voraussetzung dafür, dass auch die regionalen Gesellschaften ihre Klimarisiken erkennen und nicht von einer irrigen Fokussierung der Wissenschaft ihrerseits irregeleitet werden.

Diesem pionierhaften ersten Anlauf einer integrierenden Darstellung von „High-end Scenarios“ haften die Eierschalen noch an, die für erste Versuche typisch sind. Die DG Research sollte dieses Konzept weiterverfolgen und möglichst bald einen Band vorlegen, dessen Aufsätze die politische Relevanz der behandelten Sektoren widerspiegeln sollten.



HANS-JOCHEN LUHMANN
ist Emeritus am Wuppertal
Institut für Klima, Umwelt,
Energie.
jochen.luhmann@
wupperinst.org

LITERATUR

Bloomberg, M., Pope, C., 2017: *Climate of hope. How cities, businesses, and citizens can save the planet.* New York, St. Martins Press.

Latour, B., 2017: *Kampf um Gaia – Acht Vorträge über das neue Klimaregime.* Frankfurt/M, Suhrkamp .

Berry, P., et al. (Eds.), 2017: *High-end climate change in Europe. Impacts, vulnerability and adaptation.* Sofia, Pensoft Publishers.
http://impressions-project.eu/getatt.php?filename=Highend_brochure_final_14199.pdf

ARBEITSMARKT

Benins Beschäftigungssorgen

In Benin wünschen sich sehr viele Menschen eine Stelle im öffentlichen Dienst. Der Staat bezahlt zwar nicht gut – aber regelmäßig. Die meisten Beniner leben wegen ihrer informellen Jobs in permanenter Verunsicherung.

Von Karim Okanla

Kurz nach Amtsantritt nach den Wahlen 2016 erließ Benins neuer Präsident Patrice Talon mehrere Dekrete, um die Verträge kürzlich eingestellter Beamter zu kündigen. Einige der betroffenen Leute hatten offensichtlich Schmiergeld bezahlt, um eine Stelle zu bekommen. Lokalen Medien zufolge waren erhebliche Summen geflossen. Wie die Zeitungen berichteten, hatten einige Bewerber auch Zeugnisse gefälscht, während andere gar nicht erst versuchten, die für den Staatsdienst nötigen Qualifikationen auch nur vorzutauschen.

Talons Entscheidung, die Verträge zu kündigen, stieß auf Protest. Betroffene demonstrierten und trafen sich mehrmals zum Sit-in in dem Ministerium, das für Arbeit und öffentlichen Dienst zuständig ist. Sie fanden die Entscheidung des Staatsschefs unfair, denn ihrer Meinung nach dürfen staatliche Festanstellungen nicht widerrufen werden.

In Benin gibt es eigentlich klare Regeln darüber, wer sich auf Stellen im öffentlichen Dienst bewerben kann. Nötig ist die Staatsbürgerschaft des Landes, ein sauberes Führungszeugnis, ethisch korrekte Haltung und die Befähigungen, die für die ausgeschriebene Stelle nötig sind. Abschlusszeugnisse müssen vorgelegt werden. Bewerber, die in Praktika schon Einsichten und Erfahrung gesammelt haben, sollen bevorzugt werden. In der Praxis werden diese Vorschriften aber oft umgangen.

Eine Stelle im Staatsdienst zu haben ist in Benin ein seltenes Privileg. Das Land hat 10 Millionen Menschen und weniger als 100 000 Beamte. Wer für die Regierung arbeitet, bekommt am Monatsende ein Gehalt. Es gibt noch weitere Vorteile, einschließlich einer rudimentären Krankenversicherung.

Staatsbedienstete können zudem im Alter mit einer kleinen Rente rechnen.

Stellen im öffentlichen Dienst sind begehrt, denn der Staat zahlt zuverlässig, auch wenn seine Gehälter eher bescheiden sind. Beamte haben im Gegensatz zur großen Mehrheit der Beniner also ein regelmäßiges Einkommen. Das hilft, die Familie zu ernähren.

Statistiken der Internationalen Arbeitsorganisation (International Labor Organization – ILO) zufolge sind 75 Prozent der Bevölkerung von Benin erwerbstätig. Das Bruttoinlandsprodukt beruht zu 75 Prozent auf der Landwirtschaft, welche fast die Hälfte der Erwerbstätigen beschäftigt. Die Exporte sind zu 85 Prozent Baumwolle. In der Industrie arbeiten zehn Prozent und im Dienstleistungsgewerbe 44 Prozent. Formelle Festanstellungen sind allerdings sehr selten.

Das Land leidet unter Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung. Deshalb hat die neue Regierung versprochen, von 2016 bis 2021 für die Entstehung von 500 000 neuen Arbeitsplätzen zu sorgen. Kritiker fragen allerdings, wie das angesichts knapper Staatsfinanzen gelingen soll.

Die Regierung hat angekündigt, sie selbst werde 10 000 Leute einstellen. Ob dabei Stellen neugeschaffen oder nur frei werdende neu besetzt werden, blieb aber offen. Die Regierung hat auch ein neues Nationales Arbeitsamt geschaffen. Es soll Jugendlichen helfen, bezahlte Arbeit zu finden oder eigene Unternehmen zu starten. Bislang vermittelt es offenbar nur in seltenen Fällen Festanstellungen.

Dem Gesetz zufolge ist Festanstellung in Benin unkündbar und mit diversen weiteren Vorteilen verbunden, zu denen unter anderem soziale Sicherheit gehört. Unternehmensinhaber schrecken meist vor diesen langfristigen Verpflichtungen zurück.

Die Wirtschaftsaussichten sind zurzeit auch nicht gut. Der Freihafen von Cotonou, der früher das Herz der Volkswirtschaft war, wirkt heute verschlafen. Vor zehn Jahren war viel mehr los. Nigeria, Benins großer Nachbar, stützt seinen Außenhandel jetzt auf die eigenen Häfen und nicht mehr auf den Transportkorridor mit Cotonou. Weil deutlich we-

niger Schiffe Benin anlaufen, sind auch die Steuer- und Zolleinnahmen gesunken.

MANGEL AN BERUFLICHEN QUALIFIKATIONEN

Die meisten Arbeitssuchenden in Benin sind zwischen 20 und 40 Jahre alt. Einige haben Hochschulabschlüsse oder eine Berufsschule absolviert. Die meisten haben aber nur sehr wenig oder sogar überhaupt keine formale Bildung. Berufliche Qualifikationen sind selten.

Wegen all der genannten Gründe ist informelle Beschäftigung in Benin die Norm. Wer keinen eigenen kleinen Betrieb hat, rackert meist in dem eines Angehörigen mit oder macht als Tagelöhner Arbeit, für die keine Ausbildung nötig ist. Die Erwerbstätigkeit der meisten Menschen unterliegt keinen formellen Regeln und geht mit permanenter Unsicherheit einher.

Die meisten Beniner erwirtschaften ihr Einkommen im informellen Sektor. Die Unternehmen sind klein. Die meisten verrichten irgendwelche Dienste, zum Beispiel im Handel mit Haushaltsgeräten, Kleidern oder Mobiltelefonen. Sie verwenden Bargeld und haben kaum Zugang zu Bankkrediten oder anderen Finanzdienstleistungen.

Ein wesentlicher Nachteil des informellen Sektors ist die mangelnde Rechtssicherheit. Firmeneigner brauchen keine feste Adresse. Sie zahlen keine Steuern und bieten ihren Mitarbeitern keinerlei soziale Sicherung. Ihre Güter und Dienstleistungen sind billig, aber für die Qualität gibt es keine Garantie. Schriftliche Verträge sind selten. Der informelle Sektor ermöglicht den Menschen das Überleben, hält sie aber in Armut gefangen – und das gesamte Land ebenfalls.

Selbst der Staatsdienst stützt sich zuweilen auf informelle Unternehmen. Vielfach haben Behörden sich Computer, Drucker und Fotokopierer so beschafft.

Manchmal scheint es, als verbinde den Staat eine Art Hassliebe mit dem informellen Sektor. Es ist klar, dass Steuern zu erheben der Staatskasse guttäte. Es gibt aber keinen Zaubertrick, der informelle Firmen zum Mitspielen brächte.

Frühere Regierungen wollten deshalb Unternehmen formalisieren und hatten begonnen, Firmenlizenzen zu vergeben. Talons Regierung verfolgt aber einen härteren Ansatz. Sie hat konstatiert, dass viele informelle Firmen auf öffentlichem Boden arbeiten und droht, sie räumen zu lassen. Es wird kaum überraschen, dass diese Politik

zu noch mehr Aufregung geführt hat als die Kündigung der Beamtenverträge. Kritiker werfen der Regierung vor, sie würge den informellen Sektor ab, in dem Hunderttausende ihr Geld verdienen.

Die Beschäftigungsprobleme Benins sind gewaltig und schwer zu lösen. Das haben frühere Regierungen auch schon erfahren.



KARIM OKANLA
ist Dozent für Medien,
Kommunikation und
internationale Beziehungen
an der Houdegbe North

American University in Cotonou.

karimokanla@yahoo.com

Steuern fallen nicht an: Auslage eines Schuhhandels in Benin.



DEUTSCHE ODA

Kein Fortschritt ohne Indien

Die Größe Indiens, sein anhaltendes Bevölkerungs- und sein dynamisches Wirtschaftswachstum bringen extreme Herausforderungen mit sich. Ohne den Subkontinent sind globale Ziele nicht zu erreichen. Das macht Indien zu einem strategischen Partner und entwicklungspolitisch zu einem der wichtigsten Länder der Welt. Deutschland trägt dem Rechnung.

Von Wolfram Klein

Indien wird China in den nächsten Jahren als bevölkerungsreichstes Land der Welt überholen. Seine Volkswirtschaft ist – kaufkraftbereinigt – die drittgrößte der Welt und wächst stark. Das bringt große Herausforderungen mit sich. Indien hat heute schon die weltweit dritthöchsten Treibhausgasemissionen und dürfte in den nächsten 20 Jahren die mit Abstand größten Emissionszuwächse haben. Zugleich hat es mit 400 Millionen Menschen die meisten Armen – so viele wie ganz Subsahara-Afrika.

Indien steht zugleich der wohl gewaltigste Urbanisierungsprozess der Menschheit bevor: In den nächsten 15 Jahren wird die Bevölkerung der indischen Städte von 370 Millionen auf mehr als 510 Millionen Menschen wachsen. Bis 2050 kommen voraussichtlich weitere 250 Millionen dazu. Heute leben etwa 65 Millionen Inder unter erbärmlichen Bedingungen in städtischen Slums. Zugleich ist die Umweltbelastung enorm und weiter wachsend: Auf der WHO-Liste der Städte mit der schlimmsten Luftverschmutzung weltweit sind unter den ersten zwanzig gleich zehn indische Städte.

Diese Zahlen machen deutlich: Ohne Indien ist die Lösung globaler Herausforderungen, wie sie von der Agenda 2030, der Weltklimakonferenz oder Habitat III angegangen werden, nicht möglich. Indien ist immer noch ein klares Entwicklungsland mit erheblichem Abstand beispielsweise zu Brasilien oder Südafrika. Das macht Entwicklungszusammenarbeit (EZ) mit Indien nicht nur wichtig, sondern notwendig.

Dass Indien zugleich auch Atommacht, Software-Riese und der zweitgrößte Absatzmarkt für Smartphones ist und außerdem bereits Satelliten in die Marsumlaufbahn schickt, entkräftet dies nicht. Vielmehr zeigt sich daran, dass Indien seine Entwicklung in die eigene Hand nehmen und auch internationale Verantwortung übernehmen muss.

Das geschieht auch. Internationale Entwicklungsgelder machen schon heute nur 0,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus. Entwicklungshilfe wirkt in Indien – noch mehr als in den meisten anderen Entwicklungsländern – vor allem qualitativ: Sie übernimmt keine kompletten Aufgabenbereiche, sondern gibt Anstöße und vermittelt Knowhow.

Diese Anstöße sind in dem hochkomplexen politischen, sozialen und kulturellen Umfeld des Subkontinents keine Selbstläufer. Einerseits müssen sie nachgefragt sein: Indien ist selbstbewusst und will Unterstützung fast nur dort, wo es eigene Entwicklungsprioritäten setzt und in große nationale Reformprogramme gießt. Die Re-

gierung fragt dann gezielt bei den Partnern an, die ihr am kompetentesten scheinen. Die Bundesregierung ist das beispielsweise bei den Themen Energiewende, nachhaltige Produktion, umweltfreundlicher Transport und berufliche Bildung.

Andererseits müssen die Anstöße sichtbar sein – politisch ebenso wie in Bezug auf ihre Wirkungen. Mit Kleinmaßnahmen und Pilotprojekten ist es meist nicht getan. Size matters. Die indische Regierung hat sich vor einigen Jahren von einer Reihe von Gebern verabschiedet und sagt sehr offen, dass sie sich von jedem der verbliebenen Entwicklungspartner einen Umsatz in Höhe von mindestens 1 Milliarde Dollar pro Jahr wünscht.

Deutschland kann das erfüllen, weil vergleichsweise geringe Haushaltsmittel in der Finanziellen Zusammenarbeit enorme Marktmittel hebeln. Die Zusagen für Indien liegen dadurch seit 2013 bei jährlich über 1 Milliarde Euro. In keinem anderen Land der Welt mobilisiert die deutsche EZ auch nur annähernd so viel Geld für Entwicklung. Deutschland ist in Indien der zweitgrößte bilaterale Geber nach Japan.

Politische Sichtbarkeit wiederum entsteht durch besondere Formate – im deutsch-indischen Fall vor allem durch die alle zwei Jahre stattfindenden Konsultationen auf Ebene der Regierungschefs und durch das deutsch-indische „Ener-



Ein grünes und sauberes Delhi war auch schon vor fünf Jahren das erklärte Ziel, als dieses Foto entstand. Seitdem ist die Luft deutlich schlechter geworden.

Foto: Kalaene/picture-alliance/ZBf

gieforum“, das sich jährlich trifft. Die zwei wichtigsten „Leuchttürme“ der deutschen EZ in und mit Indien betreffen die Themen erneuerbare Energien/Klimaschutz und nachhaltige Stadtentwicklung (s. Kasten unten).

Konzentration und Schwerpunkte sind notwendig, wenn die deutsche EZ Wirkung erzielen und sichtbar machen will. Aber sie braucht auch Gestaltungsspielraum und muss auf sich kurzfristig bietende Möglichkeiten reagieren können. Zum Beispiel ist mit Hilfe Deutschlands die Krankenhausversicherung RSBY (Rashtriya Swa-

sthya Bima Yojana) zustande gekommen. Innerhalb weniger Jahre haben dadurch 140 Millionen Menschen in einkommensschwachen indischen Familien erstmals eine Versicherung bekommen.

Es gibt jedoch auch wichtige Bereiche, in denen die staatliche EZ in Indien nicht aktiv ist. Die Benachteiligung von Frauen, die Ausgrenzung sozialer Gruppen wie Indigene oder Kastenlose, Arbeitnehmer- und soziale Rechte einschließlich Kinderarbeit und auch Governance-Themen sind für die künftige Entwicklung Indiens zentral. Zugleich

sind sie aber politisch und gesellschaftlich extrem sensibel und werden daher von staatlicher Seite kaum aktiv nachgefragt. Hierfür ist zivilgesellschaftliches Engagement wichtig. Da Indien über unzählige, oft sehr kompetente NGOs verfügt, gibt es gute Partnerstrukturen. Die Zahl und das Finanzvolumen von Projekten, die von deutschen und internationalen NGOs gefördert werden, dürften in keinem anderen Land der Welt höher sein als in Indien. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) kofinanziert NGO-Vorhaben, und zwar nir-

Leuchtturmprojekte

Die zwei wichtigsten Themen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in und mit Indien:

KLIMASCHUTZ

Auf dem Klimagipfel von Paris 2015 erklärte sich Indien bereit, bis 2030 klimafreundlicher zu werden, ohne sich allerdings absolute Emissionsziele zu setzen. So soll sich die CO₂-Intensität der Volkswirtschaft um bis zu 35 Prozent verbessern. Dies ist zunächst wenig mehr als die Fortschreibung der technologischen Entwicklung der letzten zwei Jahrzehnte. Und doch ist es ein Novum, denn Indien verpflichtet sich erstmals international auf Klimaschutz.

Anspruchsvoll sind zumindest einige der nationalen Ziele: Bis 2030 sollen nichtfossile Energiequellen 40 Prozent der Stromerzeugungskapazität ausmachen – zurzeit sind es rund 14 Prozent. Die Produktion erneuerbarer Energien soll bereits bis 2022 auf 175 Gigawatt (GW) steigen (derzeit rund 30 GW), Solarenergie hätte daran

den größten Anteil (heute acht GW, 2022 100 GW).

Diesen Prozess unterstützt Deutschland. Zur Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das indische Stromnetz werden Green Energy Corridors (GEC) aufgebaut, für die in den letzten drei Jahren 1,4 Milliarden Euro (inklusive Marktmitteln) bereitgestellt wurden. Im Oktober 2015 wurde außerdem die deutsch-indische Solarpartnerschaft auf den Weg gebracht. Damit sollen Solar-Aufdachanlagen, dezentrale ländliche Elektrifizierung durch Solaranlagen sowie Solarparks gefördert werden. 2015 und 2016 wurden hierfür bereits 550 Millionen Euro zugesagt, die Umsetzung läuft an. Durch die deutsch-indische Solarpartnerschaft sollen über einen Zeitraum von 25 Jahren rund 30 Millionen Tonnen CO₂ im Vergleich zu einem konventionellen Ausbauszenario eingespart werden.

STADTENTWICKLUNG

Ausgangspunkt sind vor allem die 2015 von der Regierung Na-

rendra Modis ins Leben gerufenen Initiativen Smart Cities, Atal Mission for Rejuvenation and Urban Transformation (AMRUT) und Gangesreinigung. Dafür gibt die indische Zentralregierung etwa 33 Milliarden Dollar aus. Angesichts des immensen Investitionsbedarfs für Städte, den die Unternehmensberatung McKinsey 2010 auf 1,2 Billionen Dollar geschätzt hat, und angesichts deren geringer Finanzkraft ist dies allerdings wenig.

Zentrale Bereiche des deutschen Engagements sind Beratung bei der Stadtentwicklung, Sanitärversorgung und klimafreundliche urbane Mobilität. 2016 haben das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und das Bundesumweltministerium (BMUB) eine deutsche Partnerschaft zu drei mittelgroßen Städten eingerichtet, die im Smart-Cities-Programm der Regierung ausgewählt worden waren: zu Kochi, Coimbatore und Bhubaneswar. Ziel ist es, Aktivitäten in

EZ und Wirtschaft, aber auch Wissenschaft und Forschung zu bündeln und deutsche Erfahrungen einzubringen. Das Gesamtvolumen beläuft sich schon jetzt auf mehr als 700 Millionen Euro und wird weiter aufgestockt.

In Kochi geht es beispielsweise um integrierte Lösungen für den öffentlichen Transport einschließlich der Wasserwege (Fähren). Dafür wurden bislang 85 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Indien will und braucht innovative Lösungen, zum Beispiel bei dezentraler, smarter Abwasserinfrastruktur oder bei der Einführung von E-Mobilität in den Städten.

Die EZ sollte hier noch kreativer werden und Lösungen entwickeln, die auch für das Deutschland der Zukunft relevant sind. Beispielsweise könnte deutsche EZ dazu beitragen, dass an indischen U-Bahn-Stationen E-Motorradrikschas für Passagiere bereitstehen, die von Solarpaneelen aufgeladen werden. (wk)

gends mehr als in Indien. Zwei Beispiele für NGO-Aktivitäten, die Fördermittel aus dem BMZ erhalten:

- Terre des Hommes arbeitet zusammen mit seinem indischen Partner an der Verbesserung der Lebenssituation von Frauen und Mädchen in der südindischen Textilindustrie. Das Vorhaben umfasst medizinische und psychologische Versorgung, Weiterbildung beziehungsweise Umschulung und Aufklärungsarbeit. Terre des Hommes leistet hier etwas, das in der staatlichen EZ so bislang kaum möglich war. Ob sich das ändert, wird sich zeigen. Derzeit ist ein politischer Dialog zwischen den Akteuren im Bundesstaat Tamil Nadu (Staat, Unternehmer, Arbeiter, NGO) und den Akteuren des deutschen Textilbündnisses in Vorbereitung, der mittelfristig zu gemeinsamen Zielen und Aktivitäten führen könnte.
- Die Salesianer von Don Bosco sind der größte private Berufsbildungsträger Indiens. Sie unterhalten dort 123 Berufsschulen und bilden im Rahmen von „Don

Bosco Tech India“ aktuell 55 000 Jugendliche aus. Die Arbeit der Salesianer ist landesweit bekannt und anerkannt, insbesondere ihre enge Kooperation mit Unternehmen in der beruflichen Bildung. Das ist eine wesentliche Schnittstelle zur Reform der indischen Berufsausbildung, die Deutschland auf Nachfrage der indischen Regierung derzeit unterstützt. Ziel ist es, einen wachsenden Teil der 15 Millionen jungen Menschen, die Jahr für Jahr neu auf den indischen Arbeitsmarkt drängen, durch duale Ausbildung in Unternehmen fit für den Arbeitsmarkt zu machen. Beides ergänzt sich sehr gut: politische Beratung auf Ebene der staatlichen EZ einerseits, Ausbau und Verbesserung der Berufsbildungseinrichtungen auf Ebene der nicht-staatlichen EZ andererseits.

Leider kontrolliert der indische Staat zunehmend insbesondere diejenigen NGOs, die zu bürgerlich-politischen Rechten arbeiten. Manche Arbeitsbereiche – zum Beispiel die direkte Zusammenarbeit von (interna-

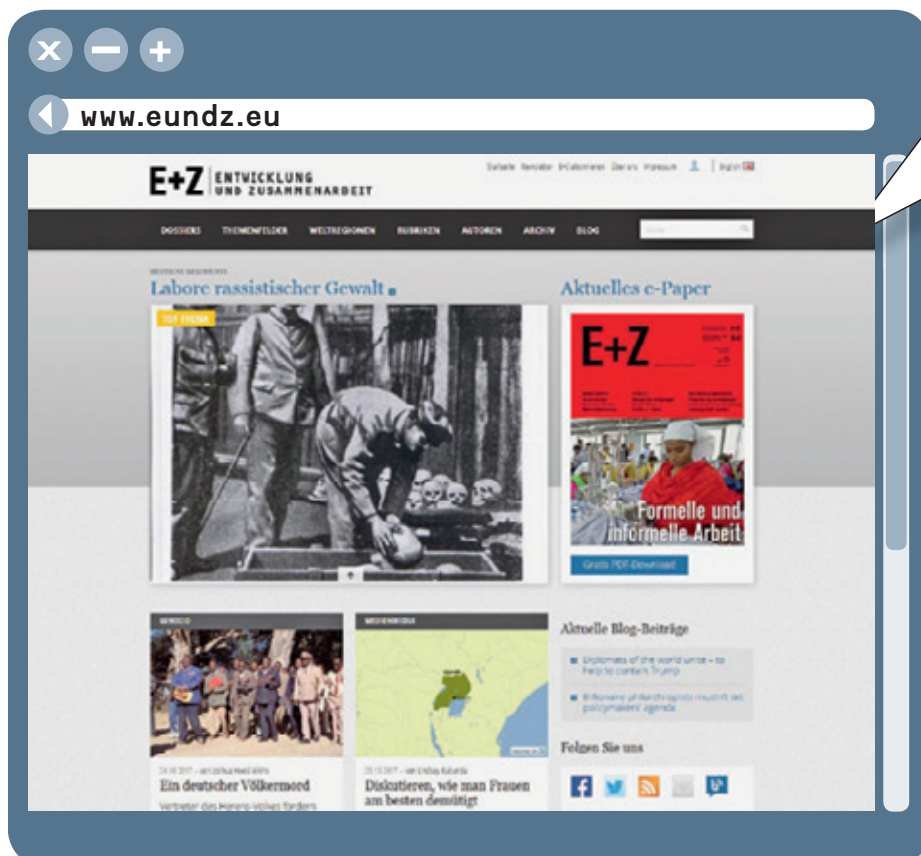
tionalen) NGOs mit Gewerkschaften – sind ausdrücklich untersagt, andere werden durch bürokratische Hürden bisweilen sehr erschwert.

Und doch ist auch in diesem Bereich der EZ in Indien weiterhin vieles möglich und einiges ausbaufähig. Es könnte sinnvoll sein, die deutschen Instrumente zur Förderung von NGOs zu ändern oder zu ergänzen, etwa hin zu thematischer oder regionaler Ausrichtung. Wenn das BMZ beispielsweise zusätzliche Mittel für NGOs bereitstellen würde, die in Indien oder in ganz Süd-asien in Themenfeldern wie „Frauenrechte“ oder „Förderung von Solarenergie für arme Haushalte und Kommunen“ arbeiten wollen, könnte das viel bewirken.



WOLFRAM KLEIN
leitet das Referat für Indien und Süd-asien im BMZ. Er vertritt hier seine eigene Meinung.

wolfram.klein@bmz.bund.de



Besuchen Sie unsere Website unter www.EundZ.eu



KLIMASMARTE LANDWIRTSCHAFT

Komplexes Unterfangen

Der Klimawandel und seine Auswirkungen stellen weltweit eine große Herausforderung für die Landwirtschaft dar. Als Antwort wurde die „klimasmarte Landwirtschaft“ (climate smart agriculture – CSA) entwickelt, die nun auch besonders vulnerablen Kleinbauern in Westkenia als Anbaumethode angeboten werden soll. Ein Team des Seminars für Ländliche Entwicklung (SLE Berlin) hat die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Implementierung untersucht.

Von Michaela Schaller

In Kenia sind mehr als 60 Prozent der Bevölkerung – überwiegend als Kleinbauern – im landwirtschaftlichen Sektor tätig. In Folge der Erderwärmung treten bereits heute Extremereignisse wie Hitzewellen, Dürren und Überflutungen mit größerer Häufigkeit und Intensität auf. Dies verschiebt zunehmend die Anbauperioden und -regionen. In den untersuchten Landkreisen (Countys) Siaya und Kakamega im Hochland Westkenias werden die Klimaveränderungen durch die Nachbarschaft zum Viktoriasee noch verstärkt. Bauern in beiden Regionen produzieren Mais, Sorghum, Hirse, Fleisch und Milchprodukte sowie Tee im Regenfeldbau, wobei die Produktivität in beiden Countys weit unter ihrem Potenzial liegt.

Zusätzlich sind die Böden auf Grund von mangelhaften Bewirtschaftungspraktiken und Dauernutzung ohne ausreichende Zufuhr von Nährstoffen übernutzt. Bodendegradierung reduziert die ohnehin niedrigen Erträge und bedroht die Ernährungssicherheit. Dies stellt eine große Herausforderung für kenianische Behörden dar, die noch mit dem Dezentralisierungsprozess ringen: In den vergangenen Jahren wurden Verantwortlichkeiten von der nationalen auf regionale, das heißt County-Ebene, verlagert. Allerdings sind noch nicht alle County-Behörden vollkommen funktionstüchtig, was die Unterstützung von nachhaltigen landwirtschaftlichen Entwicklungsprogrammen beeinträchtigt.

Kleinbauern können Bodenschutz und die Anpassung an den Klimawandel mit eigenen Mitteln nicht stemmen. Auch

Im Hochland Westkenias werden die Klimaveränderungen durch die Nachbarschaft zum Viktoriasee noch verstärkt: Maisanbau in Kenia.



der landwirtschaftliche Beratungsdienst ist kaum in der Lage, angepasste Bewirtschaftungsstrategien zu entwickeln, da er nicht gut für diese Aufgaben ausgebildet und ausgestattet ist.

CSA-UMSETZUNG IN WESTKENIA

Die SLE-Studie wurde im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und in Kooperation mit GIZ Westkenia sowie dem Internationalen Zentrum für Tropische Landwirtschaft (CIAT) in Nairobi durchgeführt. Im Fokus für die Implementierung klimasmarter Landwirtschaft (siehe Kasten S. 22) standen drei Schwerpunktthemen:

- Maßnahmen und Rahmenbedingungen;
- die Perspektive der Farmebene; und
- der Weg von der Forschung hin zur Anwendung mithilfe des Beratungsdienstes.

Die Studie hat klar aufgezeigt, dass die County-Regierungen als Katalysator fungieren müssen, um das nötige Politikumfeld für die großflächige Etablierung von CSA zu schaffen. Eine klimasmarte Landwirtschaft muss in die entscheidenden Planungen integriert werden, um auch finanziell gefördert zu werden. Eine weitere Forderung ist die nach „smarter Entwicklung“, bei der es darum geht, Synergien in den Behörden zu nutzen, indem wichtige Themen wie Ernährungssiche-

rung, Gesundheit und Umwelt mit CSA verknüpft werden.

Die Studie empfiehlt weiter, ein nationales Konzept oder Verständnis für klimasmarte Landwirtschaft aufzubauen: Die offizielle Definition von CSA lässt eine Bandbreite von technischen Alternativen zu. In Kenia sollte aber ein Konsens gefunden werden, was im eigenen Land als klimasmart gelten soll. Dies könnte im Rahmen eines nationalen Forums geschehen, in dem Bauern, Forscher, landwirtschaftliche Beratungsdienste und Administration ein gemeinsames Konzept erarbeiten. Dabei sind kosteneffiziente und flexible Lösungen entscheidend, mit denen schnell auf veränderte Umweltbedingungen reagiert werden kann. Besonders spannend ist die Komponente Minderung von Treibhausgasemissionen: Wird sie außen vor gelassen, unterscheidet sich klimasmarte Landwirtschaft nicht wesentlich von traditioneller oder von Praktiken zur Klimaanpassung. Hier könnten Bezahlsysteme für die Kohlenstoffspeicherung – zum Beispiel durch die Anreicherung von organischer Substanz im Boden oder assoziierten Baumkulturen – (sogenannte PES – Payment for Ecosystem Services) eingesetzt werden.

HERAUSFORDERUNG DER UMSETZUNG

Es bleibt allerdings die Herausforderung der Implementierung: Da der landwirtschaftliche Beratungsdienst in Kenia mangelhaft

ist, müssen hier zuerst das Management verbessert und mehr und besser geschulte Mitarbeiter gewonnen werden. Dazu müssen sie angemessen bezahlt und besser aus- und weitergebildet werden. Dies ist Aufgabe des Landwirtschaftsministeriums, das attraktive Rahmenbedingungen schaffen und sicherstellen muss, dass Lehr- und Trainingsmodule dem aktuellen Stand der Forschung entsprechen. Eine zentrale Plattform könnte dazu beitragen, dass einheitliches, standardisiertes und aktuelles Bildungsmaterial verwendet wird.

Gleichzeitig ist ein partizipativer Ansatz in der Kooperation zwischen Farmer, Beratungsdienst und Forschungseinrichtungen notwendig, um sicherzustellen, dass Farmer und Berater bei der Entwicklung der Anbaumethoden nicht nur gehört werden, sondern auch maßgeblich dazu beitragen.

Sobald der Beratungsdienst besser ausgerüstet ist, um Bauern zu erreichen und zu beraten, können diese gute Entscheidungen über eine klimasmarte Bewirtschaftung treffen. Voraussetzung

dafür ist ein gründlicher und angemessener Informationstransfer, der die Bauern durch den gesamten Prozess begleitet. Gleichzeitig sollte die Zahl der Multiplikatoren, etwa durch Modell-Bauern und gegenseitiges Lernen, erhöht werden.

STRUKTURELLE BARRIEREN

Es bestehen aber auch einige Barrieren struktureller Art. Dazu gehören ungünstige Marktbedingungen, politische und institutionelle Barrieren, mangelhafte Infrastruktur – einschließlich Informations- und Kommunikationstechnologie – und schlechte Qualität von Dienstleistungen. Auch hier sind staatliche Rahmenbedingungen und Erfolgskontrollen unerlässlich, um CSA erfolgreich großflächig in (West-)Kenia zu implementieren.

Zudem gibt es für Bauern, selbst wenn sie klimasmarte Techniken anwenden, keine Sicherheit, dass die Farm ausreichend resilient gegenüber zukünftigen Klimaveränderungen sein wird. Dies zeigt die Notwendigkeit auf, zusätzliche Sicherheitsnetze einzubeziehen wie subventio-

nierte meteorologische Dienste und Versicherungen, die gegen Ernteverluste und Einkommensausfälle absichern, sowie Maßnahmen, die Bauern in der Implementierungsphase unterstützen, bis sich die Investitionen amortisieren.

Insgesamt ist die Umsetzung klimasmarter Landwirtschaft ein komplexes Unterfangen. Durch ihren ganzheitlichen Ansatz kann sie aber zur Resilienzbildung großer Bevölkerungsteile beitragen und die Lebensbedingungen der Landbevölkerung verbessern.



MICHAELA SCHALLER
ist unabhängige Gutachterin und Klimaexpertin. Sie hat als Teamleitung das SLE Climate Smart Agriculture Project

2016/17 in Kenia unterstützt.
michaela_schaller@web.de

LINK

Auslandsprojekte des Seminars für Ländliche Entwicklung:

<https://www.sle-berlin.de/index.php/ap-2016>

Klimasmarte Landwirtschaft

Die FAO hat 2010 das Konzept der klimasmarten Landwirtschaft (climate smart agriculture – CSA) entwickelt, mit dem Ziel

- Produktivität und Einkommen der Bauern nachhaltig zu steigern;
- Anpassung an und Resilienzbildung gegenüber dem Klimawandel von Farm- bis nationaler Ebene zu fördern und
- einen Beitrag zum Klimaschutz durch die Reduktion von Treibhausgasen oder die erhöhte Kohlenstoffeinlagerung in der Landwirtschaft zu leisten.

CSA bedeutet viel mehr als nur die Übernahme von individuellen, klimasmarten landwirtschaftlichen Techniken auf Farmebene. Sie beinhaltet

auch die Integration lokal angepasster, komplementärer Praktiken, die zusammen Synergieeffekte generieren und dazu beitragen, die CSA-Ziele zu erreichen. Dabei sind für die konsequente Umsetzung Maßnahmen auf Farm- und Landesebene notwendig, um Resilienz und Klimaschutz im großen Stil zu erreichen.

Basierend auf einer ausgedehnten Literatur- und Feldforschung konnte das SLE in einer Studie (siehe Hauptartikel) wichtige Kriterien für die erfolgreiche Umsetzung von klimasmarter Landwirtschaft ableiten: Richtungsweisend ist der politische Wille, der sich in den entsprechenden natio-

nen Maßnahmen, Prioritäten und Kohärenz zwischen den verschiedenen Hierarchien widerspiegeln sollte. Formell ist Kenia hier gut aufgestellt: Das ostafrikanische Land hat eine Reihe von internationalen Verträgen zu Klimaschutz und Landwirtschaft unterzeichnet und ist Mitglied aller relevanten Vereinigungen zu Klimaschutz und Anpassung, wie etwa der afrikanischen CSA-Allianz. Der Klimawandel und seine Herausforderungen – insbesondere für die Landwirtschaft – haben auch Eingang in die nationale Agenda gefunden. Das nationale CSA-Rahmenprogramm – sekundiert durch eine CSA-Task Force – ist das Kerndokument, das alle Schritte zur Implementierung von CSA anleitet.

Es konzentriert sich auf die Steigerung der Produkti-

vität, gefolgt von Resilienzbildung. Minderung von Treibhausgasemissionen ist eindeutig das nachgeordnete Ziel. Es betont zudem die Notwendigkeit einer besseren Koordinierung relevanter Akteure. Dies ist insbesondere als Folge der Übertragung administrativer Unabhängigkeit an die Countys im Jahr 2010 notwendig, denen legislative und exekutive Macht übertragen wurde. Dort müssen nun Informations-, Entscheidungs- und Implementierungspfade neu eingerichtet werden. (ms)

LINK

„Climate-smart agriculture sourcebook“ der FAO:
<http://www.fao.org/docrep/018/i3325e/i3325e.pdf>

In Mexiko haben sich alte Riten der Azteken mit dem von den spanischen Kolonialherren eingeführten Katholizismus vermischt: Teilnehmerin einer Parade zum Tag des Todes, einem synkretistischen Feiertag, in Mexiko-Stadt.

Koloniales Erbe

In vielen ehemaligen Kolonien in Afrika, Asien und Lateinamerika wirken die unter der Fremdherrschaft etablierten Mechanismen der Unterdrückung bis heute fort. Dazu gehören Amts- und Machtmissbrauch, Korruption und Vetternwirtschaft, Menschenrechtsverletzungen und autoritäre Herrschaft. Zum Erbe des Kolonialismus und der damit verbundenen Versklavung von Millionen Menschen gehören auch soziale Ungleichheit und Rassismus, willkürlich gezogene sprachliche und geografische Grenzen, undemokratische Strukturen und wirtschaftliche Abhängigkeiten. Europa ist aufgefordert, auf damals begangenes Unrecht angemessen zu reagieren.

Schwieriges Erbe

Die Aufteilung des afrikanischen Kontinents unter den europäischen Kolonialmächten hatte weitreichende Konsequenzen. Sie zeigen sich in den heutigen sozialen, politischen und Rechtssystemen, in wirtschaftlichen Abhängigkeiten und Sprachgrenzen. Die Afrikaner sind jedoch selbst dafür verantwortlich, die Hürden des kolonialen Erbes zu überwinden.

Von Jonathan Bashi

1884 berief Reichskanzler Otto von Bismarck die Berliner Konferenz – auch als Kongokonferenz bekannt – ein, um den Wettlauf der europäischen Mächte um Afrika in geordnete Bahnen zu lenken. Die Folge war eine Aufteilung des Kontinents unter den wichtigsten Besetzerstaaten. Die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse wirkten sich nachhaltig auf die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung der meisten Länder Afrikas aus.

Ob ein Land der einen oder anderen Kolonialmacht zugesprochen wurde, bestimmte das Regierungsmodell und das Rechtssystem. Es legte auch die Rahmenbedingungen für das wirtschaftliche und kulturelle Leben der Gesellschaften fest. Die Unterschiede in den Systemen machten die Einheit Afrikas sehr schwierig, wenn nicht sogar unmöglich.

Bezeichnungen wie Victoriafälle oder Albertsee, Kleidervorschriften wie Richterperücken in den ehemaligen britischen Kolonien oder die Namen von Währungen wie CFA-Franc oder Kongo-Franc zeigen, wie groß der Einfluss des Kolonialismus bis heute ist. Dieser Einfluss und seine Folgen manifestieren sich auf unterschiedliche Weise in Politik, Recht, Kultur und Wirtschaft vieler afrikanischer Staaten.

TRADITIONELLE UNTERSCHIEDUNGEN IGNORIERT

Die auf der Berliner Konferenz festgelegten Grenzen teilten den Kontinent nach geopolitischen Zielen neu auf. Diese Aufteilung missachtete die Geschichte und die Dynamiken, die unter den betroffenen Völkern

herrschten. Ethnolinguistische Gruppen mit gemeinsamer Kultur und Geschichte wurden auseinandergerissen. Das Volk der Bakongo zum Beispiel fiel unter die Herrschaft von drei Kolonialmächten: Belgien in der Demokratischen Republik (DR) Kongo,

Frankreich in der Republik Kongo und Portugal in Angola. Die verschiedenen Rechts- und Sozialsysteme der europäischen Mächte vertrugen sich oft nicht mit den Bedürfnissen, Gewohnheiten und Traditionen der unterworfenen Menschen.

Auch die anhaltenden Spannungen in Kamerun sind eine Folge dieses Erbes (s. meinen Kommentar in E+Z/D+C e-Paper 2017/04, S.13). Die Gruppen im Nordwesten und Südosten des Landes ähneln sich kulturell, wurden aber in der Kolonialzeit in



In Kamerun machte die Aufteilung in eine frankophone Mehrheit und eine anglophone Minderheit das Verständnis „nationaler Einheit“ schwierig. Gegner von Präsident Paul Biya demonstrieren während seines Besuchs der UN-Generalversammlung im September in New York.

anglophone Kameruner (unter britischer Herrschaft) und frankophone Kameruner (unter französischer Herrschaft) geteilt. Diese Teilung ist die Ursache des aktuellen schwerwiegenden Konflikts.

Auf der anderen Seite wurden sehr unterschiedliche ethnische und politische Gruppen wie die Hausa-Fulani, die Igbos und die Yoruba in Nigeria gezwungen, unter derselben (britischen) Kolonialverwaltung zusammenzuleben. Zudem verschärften die unterschiedlichen Regierungsmodelle der Kolonialmächte Spannungen zwischen afrikanischen Ländern.

Belgien, Frankreich und zu einem gewissen Grad auch Deutschland übten eine direkte Herrschaft aus. Ihr Regierungssystem war hochgradig zentralisiert. Politische Institutionen und Rechtssysteme der afrikanischen Länder wurden komplett durch Kolonialstrukturen ersetzt. Ziel war es, die betroffenen Gesellschaften zu „assimilieren“ oder „zivilisieren“. So wurde lokalen Führern jegliche Autorität entzogen und allein in die Hände der Kolonialmächte gelegt. Kolonialverwalter zogen die Fäden in allen wichtigen Institutionen.

Damit einher ging ein Rechtssystem, das auf dem kontinentaleuropäischen Zivilrechtssystem basierte, in dem Recht in Gesetzbüchern festgeschrieben ist. Dieses Recht mussten die unterworfenen Völker anwenden und respektieren. Die direkte Herrschaft erklärt teilweise Probleme in der Regierungsführung, unter denen die meisten ehemaligen belgischen und französischen Kolonien bis heute leiden. Die Machthaber, die nach der Unabhängigkeit ans Ruder kamen, hatten keine Erfahrung und kaum Zeit, sich auf die Regierungsgeschäfte vorzubereiten. Oft übernahmen sie das koloniale Modell.

Die indirekte Herrschaft hingegen setzte mehr auf Kooperation und bezog lokale afrikanische Autoritäten in die Kolonialverwaltung ein. Das sollte die Akzeptanz der Fremdherrschaft begünstigen. In diesem System, das in den meisten britischen Kolonien angewendet wurde, blieben Teile der vorherigen politischen Institutionen und Rahmenbedingungen erhalten. Allerdings besetzten Kolonialverwalter die wichtigsten Posten und hatten das letzte Wort.

Das dazugehörige Rechtssystem basierte auf Gesetzesvorschriften aus dem englischen Common Law, bezog aber Aspekte lokaler Traditionen und Kulturen mit

ein. Die indirekte Herrschaft begünstigte in den britischen Kolonien eine effektivere und ausgewogenere Regierungsführung nach der Unabhängigkeit, weil Einheimische stärker in die öffentlichen Angelegenheiten eingebunden waren und ihre Traditionen und Kultur das politische und rechtliche Kolonialsystem beeinflussten.

TEILE UND HERRSCHE

Die Kolonialmächte verfahren nach dem Prinzip „Teile und herrsche“. Sie betonten die ethnischen Spannungen, die aus den willkürlichen Grenzziehungen entstanden waren. Verschiedene Gruppen wurden gegeneinander ausgespielt, eine gemeinsame Identität sollte nicht entstehen. Bestehende politische Institutionen wurden geschwächt, so dass die Kolonialherren ihr Herrschaftssystem leichter einführen konnten. Diese Strategie führte auf lange Sicht dazu, dass Nationenbildung in Ländern wie der DR Kongo (einer ehemaligen belgischen Kolonie), Kenia und Nigeria (ehemalige britische Kolonien) oder Kamerun und Tschad sehr schwierig war. Oft wiegt die ethnische Zugehörigkeit noch immer schwerer als die nationale Identität.

Außer den politischen und Rechtssystemen spielte Bildung eine wichtige Rolle bei der Neuordnung der afrikanischen Gesellschaften in der Kolonialzeit. Traditionelle Lehrmethoden wurden ersetzt durch Modelle, die auf den Bildungssystemen Portugals, Spaniens, Frankreichs, Belgiens, Italiens oder Britanniens fußen. Sie verwendeten die Sprachen der Kolonialherren (s. Kasten, S.26). Diese taten wenig dafür, alle Menschen im Land zur Schule zu schicken. Die Folge war eine soziale Spaltung: Eine kleine lokale Elite – meist in städtischen Gebieten – kam in den Genuss europäischer Bildung. Sie wurde mit europäischer Geschichte, Recht und Werten vertraut gemacht. Dagegen stand die große Mehrheit ihrer Landsleute, die in ländlichen Gegenden lebten und kaum Zugang zur Kolonialverwaltung hatten.

Die Folgen dieser Spaltung sind bis heute evident, vor allem, wenn man die wachsende Ungleichheit betrachtet. Die sozialen Unterschiede nehmen zu. Afrikanische Länder zeichnen sich durch unglaublich reiche Eliten und Massen von Menschen aus, die in extremer Armut leben.

Nach wie vor haben afrikanische Länder in vielen Fällen stärkere wirtschaft-

liche Beziehungen zu den ehemaligen Kolonialmächten als zu Nachbarländern. Das Commonwealth, die französisch-afrikanischen Beziehungen und die belgisch-kongolesische Partnerschaft spielen noch immer eine wichtige Rolle. Die meisten Länder erhielten die von den europäischen Mächten etablierten wirtschaftlichen Verbindungen nach ihrer Unabhängigkeit aufrecht. Sie exportieren noch immer vor allem Rohstoffe und importieren Industrieprodukte aus Europa und zunehmend auch aus Asien. Aufgrund fehlender Diversifizierung und Spezialisierung sind sie anfällig für schwankende Rohstoffpreise und abhängig von Hilfe – unter anderem von den Partnerschaftsabkommen mit den ehemaligen Kolonialmächten.

Die in der Kolonialzeit etablierten politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Systeme und Verbindungen behindern die regionale Integration Afrikas aus drei Hauptgründen:

- Die Betonung von Ethnizität und die starken Verbindungen nationaler Eliten zu den ehemaligen Kolonialmächten erschweren den nationalen Zusammenhalt und machen kontinentweite Einheit nahezu unmöglich.
- Die Rohstoffe exportierenden Länder betreiben nur wenig Handel untereinander.
- Schwache und anfällige Staaten sind abhängig von Hilfe.

Das Bild des postkolonialen Afrikas ist düster. Die Afrikaner müssen sich den Herausforderungen stellen und selbst Lösungen entwickeln, um die Hürden des kolonialen Erbes zu überwinden. Sie müssen ihre politischen, Rechts- und Wirtschaftssysteme reformieren, indem sie Institutionen, Rechte und Werte schaffen, die zu ihnen passen. Anstatt sich auf technische und finanzielle Unterstützung ehemaliger Kolonialmächte und internationaler Finanzinstitutionen zu verlassen, sollten afrikanische Staaten mehr auf effektive Nationenbildung setzen, auf regionale Zusammenarbeit und gemeinsame Anstrengungen für wirtschaftlichen Wandel und Eigenständigkeit.



JONATHAN BASHI
arbeitet als Juradozent
und Berater im Bereich
internationale Entwicklung
in der Demokratischen

Republik Kongo.

Europäische Sprachen dominieren in Afrika

Sprache ist neben nonverbalen Signalen das wichtigste Mittel menschlicher Kommunikation. Die Sprache, die wir sprechen, verbindet uns mit Menschen, die sie ebenfalls sprechen, und trennt uns von anderen. Sprache transportiert Werte, Traditionen und Vorstellungen – etwa von Raum und Zeit – und formt das Denken. Sie ist Ausdruck von Bildung und stellt eine wesentliche Grundlage gesellschaftlicher Teilhabe dar.

Indem die Kolonialverwaltungen der Bevölkerung in den Kolonien ihre – europäischen und damit sehr fremden – Sprachen aufzwangen, griffen sie somit tief in die Identität der Völker ein. Englisch, Französisch und Portugiesisch wurden zu Sprachen der Bildung und zu Amtssprachen – und sind es bis heute. In vielen Ländern Afrikas spricht die Elite auch Jahrzehnte nach der Unabhängigkeit die Sprache der ehemaligen Kolonialmacht. In fast allen Ländern ist sie – oft die einzige – Amtssprache sowie Unterrichtssprache.

In Kamerun, das teilweise unter britischer und teilweise unter französischer Herrschaft stand, sind Englisch und Französisch die Amtssprachen, im ehemals belgischen Ruanda sind es Französisch, Englisch und Kinyarwanda. Eine zusätzliche lokale Sprache als Amtssprache haben unter anderem auch Botswana (Englisch und Setswana), Malawi (Englisch und Chichewa) und Burundi (Französisch und Kirundi). Äthiopien (Amharisch), das nie Kolonie war,

Somalia (Somali und Arabisch) und Tansania (Swahili und Englisch, Letzteres aber nur im Verkehr mit Ausländern) sind Ausnahmen, in denen keine europäische Sprache dominiert. Südafrika hat 11 Amtssprachen, wobei Englisch die führende Verkehrssprache ist.

Das Überstülpen fremder Sprachen durch die Eroberer hatte sowohl trennende als auch verbindende Effekte, die bis in die Gegenwart wirken. Sprachliche Grenzen wurden willkürlich nach Gusto der Kolonialmächte gezogen und spalteten ehemals weitgehend homogene Gruppen, etwa in Kamerun, wo heute Konflikte zwischen dem frankophonen und dem anglophonen Teil der Bevölkerung lodern (siehe Haupttext, S. 24). Ausgrenzung entstand außerdem dadurch, dass in der Regel ausschließlich oder überwiegend die städtische Bevölkerung Zugang zur Kolonialsprache und – eng damit verbunden – zu Bildung hatte.

Noch heute ist es so, dass in vielen Ländern die Landbevölkerung ausschließlich lokale afrikanische Sprachen spricht und die städtische Elite eine Weltsprache, die das Tor zu Bildung in Nordamerika oder Europa, zu internationalen Beziehungen und besseren Arbeitsmöglichkeiten ist. Umgekehrt spricht diese Elite zuweilen die lokalen Sprachen nicht mehr gut.

Wenn in der Schule nicht in der Muttersprache der Kinder unterrichtet wird, hat das Nachteile: Die betroffenen Kin-



Bibel in Bari, einer Sprache, die im Südsudan und in Uganda gesprochen wird.

der müssen zunächst eine neue Unterrichtssprache lernen. Außerdem ist der Fortbestand der lokalen Sprachen, die häufig nur mündlich weitergegeben werden, gefährdet. Mancherorts gelten die lokalen Sprachen als minderwertig; das koloniale Denken lebt somit fort. Sprachwissenschaftler fordern, die Alltagssprachen aus dem privaten Bereich in die Öffentlichkeit zu bringen, etwa durch lokale Radioprogramme, Zeitungen und Zeitschriften oder Buchübersetzungen.

Andererseits ist die europäische Amtssprache in manchen Ländern Afrikas die einzige Sprache, die alle Menschen verbindet. In fast allen Staaten wird eine Vielzahl von Sprachen gesprochen – oft mehrere hundert. Mehrsprachigkeit ist

zwar die Norm, aber landesweite Überschneidung die Ausnahme. Englisch, Französisch oder Portugiesisch dienen dort als Lingua franca. Das gilt auch über Staatsgrenzen hinaus: Wer Französisch spricht, kommt in weiten Teilen Westafrikas zu recht, Englisch dominiert im südlichen und östlichen Teil des Kontinents.

Die europäische Verkehrssprache ist zwar die Sprache einer fremden Gewaltherrschaft, steht aber als solche über ethnischen Konflikten und kann somit eine neutrale Rolle spielen. Die beste Lösung für Afrika scheint nicht die komplette Abschaffung der Kolonialsprachen dort zu sein, sondern ein gleichberechtigtes Nebeneinander afrikanischer und europäischer Sprachen. (kd)

„Wenn die französischen Truppen aus Mali abziehen, bricht das Land zusammen“

Frankreichs Militär engagiert sich in vielen ehemaligen Kolonien in Westafrika. Der Einsatz der ausländischen Truppen, etwa im Kampf gegen den Terrorismus, ist hochwillkommen. Mohamed Gueye, Chefredakteur der senegalischen Zeitung *Le Quotidien*, gibt eine Einschätzung der Situation.

Mohamed Gueye im Interview mit Katja Dombrowski

Frankreich hat mehrere Militärstützpunkte in Westafrika und interveniert in Konflikten in der Region. Liegt das an den Verbindungen aus der Kolonialzeit?

Hauptsächlich ja, aber nicht nur. Französische Soldaten sind in der Tat in den ehemaligen Kolonien sehr aktiv. Frankreichs Expräsident Nicolas Sarkozy schreckte ja noch nicht einmal davor zurück, Bomben auf den Präsidentenpalast in Abidjan in Côte d'Ivoire zu werfen, um Alassane Ouattara an die Macht zu bringen. Aber die Franzosen haben auch Truppen aus dem Senegal und von ECOWAS (Economic Community of West African States) dabei unterstützt, Präsident Yahya Jammeh in Gambia zu stürzen.

Inwieweit trägt das französische Militär zur Stabilisierung der Regierungen bei – vor allem in Mali und Côte d'Ivoire?

Wenn die französischen Truppen heute aus Mali abziehen, bricht das Land morgen zusammen. Operation Barkhane, Frankreichs Militäroperation in der Sahelzone, hat nicht nur den Vormarsch der Dschihadisten in Nordmali gestoppt, sondern auch die Regierung gerettet. Diese leidet unter Korruption und Vetternwirtschaft und hat wenig dafür getan, das Vertrauen der Menschen im Norden des Landes zu gewinnen und die Truppen auf Vordermann zu bringen. Oppositionsparteien vermuten, dass der Präsident Scharia-Gesetze eingeführt hätte, um radikale Islamisten auf seine Seite zu ziehen,

wenn Frankreich es nicht verhindert hätte. In Côte d'Ivoire ist Frankreichs Präsenz momentan auch sehr wichtig. Präsident Ouattara wird nach Ende seiner Amtszeit 2020 nicht wieder antreten, und mehrere Kandidaten bringen sich bereits für seine Nachfolge in Stellung. Die Menschen hoffen, dass Frankreich verhindert, dass die Lage eskaliert und es wieder zum Bürgerkrieg kommt wie 2011, als Laurent Gbagbo und Ouattara um die Präsidentschaft kämpften.

Und wie effektiv ist Frankreichs Einsatz gegen den Terrorismus?

Das ist schwer zu sagen. Laut Bakary Sambe, einem senegalesischen Wissenschaftler, der den radikalen Islamismus erforscht, gab es in den vergangenen fünf Jahren mehr als 400 islamistische Angriffe in Westafrika. Neun von zehn scheiterten jedoch dank der Nachrichtendienste. Und in den französischsprachigen Ländern arbeiten diese Dienste Hand in Hand mit ihren französischen Kollegen.

Läuft die Zusammenarbeit zwischen französischen Soldaten und ihren afrikanischen Verbündeten ebenfalls gut?

Ja. Frankreich arbeitet problemlos mit der Armee im Senegal, in Côte d'Ivoire, Burkina Faso oder Mali zusammen. All diese Länder brauchen Frankreichs Unterstützung, um ihre Truppen einsatzfähig zu halten. In Mali bildet Frankreich den Großteil der Soldaten aus. Ziel ist, dass sie übernehmen können, wenn die Europäer sich eines Tages zurückziehen. Sogar in Kamerun, wo Boko Haram sehr aktiv ist, arbeitet Frankreich reibungslos mit den lokalen Truppen zusammen.

Wie sehen die Menschen in Afrika die Präsenz der europäischen Streitkräfte in ihren Ländern?

In den vergangenen zehn Jahren hat sich viel verändert. Früher wurden die Europä-

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron besuchte im Mai Einheiten der Operation Barkhane in Gao, Nordmali.



er, vor allem Franzosen und Engländer, als Überbleibsel der Kolonialherrschaft betrachtet. Doch inzwischen sind viele andere Akteure in Afrika aufgetaucht: Chinesen, Araber, Türken, Inder und viele weitere. Jetzt haben die Afrikaner die Möglichkeit zu beurteilen, ob der Ausspruch Charles de Gaulles stimmt: „Staaten haben keine Freunde, nur Interessen.“

Inwieweit legt das französische Militär noch immer koloniale Attitüden an den Tag?

Wir leben im Zeitalter des Terrorismus, vor allem des islamistischen. Die französischen Soldaten treten sehr zurückhaltend auf. Man sieht sie in Abidjan kaum in der Öffentlichkeit, und wenn, dann nicht weit von ihrem Stützpunkt. Sie sind sehr vorsichtig. Sie wissen, dass sie in feindlicher Umgebung ein leichtes Ziel abgeben. Sogar in Bamako sieht man sie fast nie in der Stadt. Die Zeiten, als betrunkene französische Soldaten durch die Straßen Dakars, Abidjans oder Ouagadougous zogen und die lokale Bevölkerung belästigten, sind definitiv vorbei.



MOHAMED GUEYE ist Chefredakteur der Zeitung *Le Quotidien* im Senegal. mgueye@lequotidien.sn

Ein deutscher Völkermord



Von 1904 bis 1908 verübten deutsche Soldaten in der damaligen deutschen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, dem heutigen Namibia, den ersten Genozid des 20. Jahrhunderts. Schätzungsweise 65 000 bis 85 000 Menschen wurden getötet. Etwa 80 Prozent der Herero und 50 Prozent der Nama kamen ums Leben.

Von Joshua Kwesi Aikins

Nach deutschem Selbstverständnis sind Anerkennung, Entschuldigung und Entschädigung Kernbegriffe der Erinnerungspolitik. Dieses Vorgehen hat sich in der Aussöhnung mit Nazi-Opfern bewährt. Allerdings hält die Kontroverse über den Umgang mit dem von deutschen Soldaten in Namibia verübten Genozid an. Verantwortungsvoller Umgang mit Geschichte muss offensichtlich immer wieder neu erstritten werden. Herero- und Nama-Verbände haben Deutschland vor einem New Yorker Gericht auf Anerkennung des Völkermordes verklagt.

Im Oktober 1904 teilte Lothar von Trotha, der Oberbefehlshaber der deutschen Schutztruppe im damaligen Deutsch-Südwestafrika, der Volksgruppe der Herero in einem Brief mit, sie seien nicht mehr deutsche Untertanen und müssten das Land verlassen: „Innerhalb der deutschen Grenze wird jeder Herero mit oder ohne Gewehr, mit oder ohne Vieh erschossen, ich nehme keine Weiber und Kinder mehr auf, treibe sie zu ihrem Volke zurück oder lasse auf sie schießen.“

Dieser Schießbefehl war eine Grundlage des ersten Genozids des 20. Jahrhunderts. Er dokumentiert die gegen alle Herero und später auch Nama gerichtete Vernichtungsabsicht.

Zugleich versuchte Trotha im Kontext kolonialen Massenmords den Anschein deutscher Ehrbarkeit zu wahren. In einem nur für die Soldaten bestimmten Tagesbefehl erläuterte der General, deutsche Soldaten sollten über die Köpfe von Frauen und Kindern hinwegschießen, um sie zu vertreiben und zugleich den „guten Ruf“ der Truppe zu wahren. Dieser Tagesbefehl war allerdings zynisch, wie der Historiker Professor Jürgen Zimmerer erläutert: „Das Zurückweichen

bedeutete den Dursttod“, denn die Kolonialmacht betrieb planmäßige Vertreibung. Die Herero waren bereits in die Omaheke-Wüste zurückgedrängt worden; dort besetzten deutsche Truppen die Wasserstellen, denn die Flüchtenden sollten verdursten.

Die Doppelzüngigkeit Trothas war Ausdruck kolonialer Arroganz. Der geplante Massenmord selbst galt ihm nicht als problematisch, aber Massaker an Frauen und Kindern hätten das deutsche Ansehen in der Welt belastet.

Erst im Dezember 1904 kassierte die Reichsregierung den Schießbefehl. Zu diesem Zeitpunkt war ein Großteil der vertriebenen Herero bereits in der Wüste gestorben. Reichskanzler Bernhard von Bülow gab in einem Telegramm am 11. Dezember 1904 die Anweisung, „die Reste des Hererovolkes“ in „Konzentrationslagern“ unterzubringen – es war das erste Mal, dass eine deutsche Regierung diesen Begriff verwendete (siehe Kasten, S.29). In Südwest-Afrika überlebte nur die Hälfte der Internierten.

DIE FOLGEN DES GENOZIDS

In den Kriegsjahren 1904 bis 1908 fielen schätzungsweise 65 000 bis 85 000 Menschen dem geplanten Massenmord zum Opfer. Die Folgen von Vertreibung und Völkermord sind bis heute in Namibia allgegen-

wärtig: Ein Großteil des urbaren Landes ist in der Hand weißer, größtenteils deutschstämmiger Namibier (siehe Henning Melber in E+Z/D+G e-Paper 2017/07, S. 29).

Die Bundesregierung hat den Kolonialkrieg lange nicht als Genozid anerkannt. 2004 sagte Heidemarie Wiecek-Zeul, die damalige Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung: „Ich bitte im Sinne des gemeinsamen ‚Vaterunsers‘ um Vergebung für unsere Schuld.“ Die Bundesregierung erklärte diese indirekt formulierte Schuldanerkennung umgehend zur „Privatmeinung“. Zu groß war die Befürchtung, ein offizielles Eingeständnis werde Reparationsklagen nach sich ziehen. Deutsche Historiker und zivilgesellschaftliche Akteure sprachen dagegen schon lange von Völkermord und forderten, dieser müsse offiziell anerkannt werden.

Die Herero zählten vor dem Völkermord zu den größten Bevölkerungsgruppen in der deutschen Kolonie, sahen sich aber wie die Nama nach dem Genozid lange marginalisiert. Für die Nachfahren ist die Anerkennung der historischen Gräueltaten die Grundlage für die Auseinandersetzung mit den Folgen. Israel Kamatjike, Vertreter der Herero in Deutschland, sagt: „Wir wollen die Entschuldigung, auch damit dann Reparationen möglich werden.“ Das nach dem Völ-



Führer der Herero auf einer Erinnerungsprozession in Okahandja, Namibia.

kermord enteignete Land müsse im Rahmen von Reparationen umverteilt werden.

Die offizielle Haltung der Bundesregierung änderte sich 2015 im Kontext von auch im Bundestag geführten Debatten über die Anerkennung des armenischen Genozids. Der senegalesischstämmige Bundestagsabgeordnete Karamba Diaby sagte: „Wer A sagt, muss auch N sagen.“ Seine Botschaft war, dass für den Völkermord an den Herero und Nama der gleiche Maßstab gelten müsse wie für den an den Armeniern. Bald schloss sich Bundestagspräsident Norbert Lammert dieser Sicht an: „An den heutigen Maßstäben des Völkerrechts gemessen war die Niederschlagung des Herero-Aufstands ein Völkermord“, schrieb er in der Wochenzeitung „Die Zeit“.

Seither verhandeln deutsche und namibische Delegationen unter Ausschluss der Öffentlichkeit um eine formale Anerkennung. Verbände der Herero und Nama sind nicht beteiligt. Sie fürchten, dass Deutschland versucht, Entwicklungshilfe gegen Reparationen aufzurechnen. Tatsächlich verweist die Bundesregierung mit Blick auf die Mittel, die sie Namibia zur Verfügung stellt, auf ihr „besonderes Verhältnis“ zu Namibia.

Herero-Aktivist Kamatjike sagt, Deutschland wolle vorgeben, was mit Reparationsgeld geschehen solle. Das sei aber nicht akzeptabel, denn „Reparationen haben keine Konditionen“. Zudem hätten sie nichts mit Entwicklungspolitik zu tun.

Die Haltung der Bundesregierung, diese Fragen könnten nur mit der nami-

bischen Regierung verhandelt werden, wirkt geschichtsvergessen. Die Grenzen Namibias und die aktuellen Mehrheitsverhältnisse im Land sind schließlich Folgen der deutschen Kolonialaggression, die zur Ausgrenzung der Herero und Nama führte.

KLAGE IN NEW YORK

Vor diesem Hintergrund ist eine von Herero in New York eingereichte Klage brisant: Seit März 2017 läuft dort ein Verfahren, in dem der in den USA ansässige Herero-Vertreter Vekuii Rukoro mit Unterstützung von Herero-Chiefs aus Namibia Deutschland verklagt. Es geht dabei um die umfassende Anerkennung des Völkermordes, aber auch um eine Zulassung von Herero-Vertretern zu den Regierungsverhandlungen.

Die Bundesregierung hatte offenbar irrtümlich damit gerechnet, dass die Klage abgewiesen würde. Die erste Anhörung musste mehrfach verschoben werden und war für Mitte Oktober angesetzt.

Das Verfahren wird international aufmerksam beobachtet. Zunächst wurde Deutschlands Bereitschaft, mit Namibia über den Genozid zu verhandeln, international honoriert – besonders in Frankreich und Großbritannien, zwei Ländern mit eigener Kolonialvergangenheit. Mittlerweile leidet das deutsche Ansehen aber unter dem Eindruck, die Bundesregierung stelle sich immer noch nicht der vollen Verantwortung.

Unterdessen hat der tansanische Verteidigungsminister Hussein Mwinyi an-

gekündigt, er lasse eine Klage wegen des kolonialen deutschen Vernichtungskrieges in Ostafrika prüfen: Im heutigen Tansania wurden während des Maji-Maji-Krieges von 1905 bis 1907 schätzungsweise 300 000 Menschen Opfer deutscher Kolonialaggression.

Die Bundesrepublik wird sich den Kernforderungen der Herero und Nama sowie der Nachfahren anderer Kolonisierter stellen müssen. Die Erfahrung lehrt, dass sich im angemessenen Umgang mit vergangenen Gräueltaten der Dreiklang aus Anerkennung, Entschuldigung und Entschädigung bewährt hat (siehe hierzu auch E+Z/D+C e-Paper 2017/10, S. 9).



JOSHUA KWESI AIKINS
ist Politikwissenschaftler im Fachgebiet „Entwicklungspolitik und postkoloniale Studien“ der Universität

Kassel und engagiert sich in den Organisationen „Berlin Postkolonial“ und „Initiative Schwarze Menschen in Deutschland“.

Er lebt in Berlin.

kwesiaikins@gmail.com

LINKS

Zivilgesellschaftliches Bündnis „Völkermord verjährt nicht/No Amnesty for Genocide“:

<http://genocide-namibia.net/alliance/>

Berlin Postkolonial e.V.:

<http://www.berlin-postkolonial.de/>

Labore rassistischer Gewalt

Die Konzentrationslager, welche die deutsche Kolonialmacht von 1904 an im heutigen Namibia betrieb, waren Vorläufer der Vernichtungslager des NS-Regimes. Selektion, Akkordarbeit und „medizinische“ Experimente zur Untermauerung rassistischer Theorien waren üblich.

In Deutsch-Südwestafrika wurden Männer, Frauen und Kinder in die Konzentrations-

lager gebracht. Leben und Sterben in den Lagern war geprägt von Zwangsarbeit und schlechter Versorgung. Es gibt politische, ideologische und personale Verbindungslinien zum Nationalsozialismus. Eugen Fischer, beispielsweise, forschte im kolonialen Namibia zu den Nachfahren von europäischen Siedlern und Afrikanern, den so genannten „Bastarden“, und

war im NS-Staat ein Vordenker rassistischer Politik. Die deutschen Kolonien waren gewissermaßen Labore, in denen die rassistischen Gewaltexzesse getestet wurden.

Für rassistische Forschung wurden tausende Schädel aus deutschen Kolonien ins Reich verschifft – auch aus den Konzentrationslagern in Deutsch-Südwestafrika. Viele befinden sich bis heute in Sammlungen deutscher Universitäten, Museen und Privatbesitz. Verbände der Herero

und Nama fordern die Rückgabe. Als die deutsche Kolonialmacht in Südwestafrika Ende 1904 „Konzentrationslager“ einrichtete, handelte sie nach einem Vorbild aus Südafrika. Dort dienten „Concentration Camps“ drei Jahre zuvor der Internierung der Familien von niederländischstämmigen Freiheitskämpfern, die sich vom British Empire lossagen und einen eigenen Staat gründen wollten. Diese Strategie ließ den bursischen Widerstand zusammenbrechen. (jka)

„Wir reden über richtig große Summen“

Radikale Aktivisten fordern, dass reiche Länder Reparationen für Sklaverei und Kolonialismus zahlen. Kehinde Andrews, Ko-Vorsitzender der britischen Black Studies Association, unterstützt dieses Anliegen.

Kehinde Andrews im Interview mit Katja Dombrowski und Hans Dembowski

Warum halten Sie Reparationen für die geeignete Antwort auf historische Gräueltaten?
Zunächst einmal müssen wir verstehen, dass der westliche Wohlstand und die Welt von heute auf Sklaverei und Kolonialismus basieren. Die Sklaverei hat zur Verrohung der Gesellschaften aller beteiligten Länder geführt. Entsetzlicher Rassismus besteht fort, sowohl in starker struktureller Ungleichheit als auch in krassen rassistischen Vorurteilen. Eins von vielen Beispielen jüngster Zeit war die rechts-extreme Demonstration in Charlottesville, Virginia. Um die heutigen Probleme zu lösen, müssen wir an den Ursachen ansetzen.

Aber sind nicht die industrielle Revolution und technologischer Fortschritt mindestens ebenso verantwortlich für den westlichen Wohlstand?
Vergessen Sie nicht, dass es mit der Textilindustrie begann und dass diese Branche

von der Baumwolle abhing, die versklavte Afrikaner auf den Plantagen der Kolonien produzierten. Außerdem wurde die industrielle Revolution durch die Profite aus dem Sklavenhandel und den Kolonien finanziert. In Birmingham verehren wir heute bahnbrechende Erfinder wie James Watt, dabei wird aber außer Acht gelassen, dass Leute wie er auf Kapital angewiesen waren, das in den Kolonien erwirtschaftet wurde.

Wie hoch sollten die Entschädigungszahlungen Ihrer Meinung nach sein?

Nun, wir sollten die unbezahlte Arbeit berücksichtigen, die Millionen Menschen zwischen dem 16. und dem 19. Jahrhundert leisten mussten. Außerdem müssen wir den entstandenen Schaden einrechnen. Wir reden hier über richtig hohe Summen. In den USA sind 4,9 bis 15 Trillionen Dollar im Gespräch.

Selbst eine Zahlung der reichen Länder von nur 4,9 Trillionen Dollar an die Nachkommen der Opfer historischen Unrechts scheint unrealistisch.

Ja, ich weiß. Wahrscheinlich würde das die westlichen Ökonomien so sehr destabilisieren, dass die ganze Sache nutzlos wäre.

Den Schaden auf diese Weise zu begleichen, könnte das globale System zerstören. Andererseits ist das Prinzip von Reparationen ja gut etabliert. Vor nicht allzu langer Zeit hat die deutsche Bundesregierung Menschen für Zwangsarbeit unter den Nazis entschädigt, und vorher gab es auch schon Reparationen für den Holocaust.

Wer müsste das Geld aufbringen – westliche Regierungen?

Die Regierungen sollten auf jeden Fall mit Steuergeldern ihren Teil dazu beitragen, aber die Privatwirtschaft steht auch in der Verantwortung. Lloyds of London beispielsweise ist ein riesiger Player der Finanzwirtschaft; seine Anfänge lagen in der Versicherung von Sklavenschiffen. Solche Unternehmen müssen einen angemessenen Beitrag leisten. Das Gleiche gilt für Kirchen und alle anderen, die in den Sklavenhandel involviert waren.

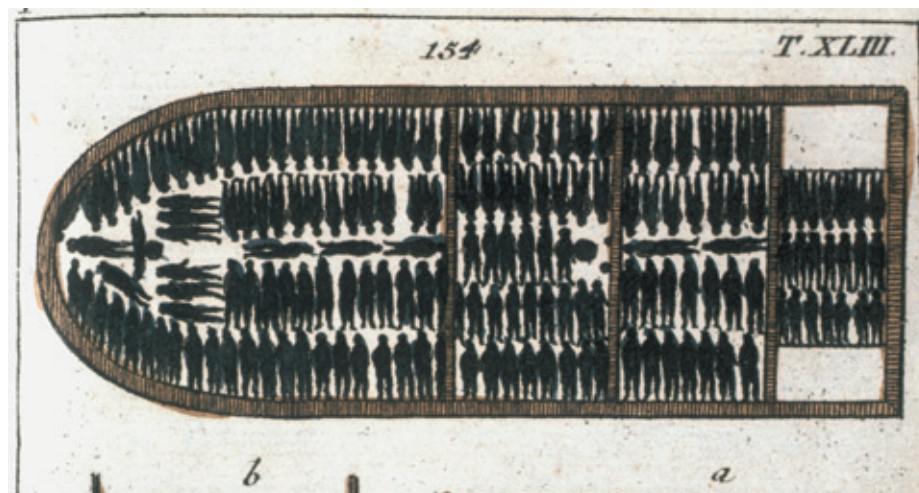
Und wer sollte das Geld erhalten?

Das ist eine schwierigere Frage. Es wäre nicht sinnvoll, das Geld direkt an Massen von Menschen auszuteilen. Sie würden es ausgeben, es wäre schnell weg, und die bestehende globale politische Ökonomie würde gestärkt – außer das System bräche vorher zusammen. Wir brauchen eine kollektive Lösung. Es wäre allerdings auch nicht gut, das Geld an die Regierungen ehemaliger Kolonien zu überweisen. Sie sind Teil des Problems und stehen nicht von ungefähr im Ruf der Korruption. Häufig haben sie die ausbeuterischen kolonialen Praktiken einfach fortgesetzt. Erfolgversprechender könnte die Einrichtung eines internationalen Rats sein, mit Repräsentanten jenseits der Regierungen – etwa aus zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Wissenschaft. Dieser Rat würde entscheiden, was mit dem Geld gemacht wird.

Was sollte denn mit dem Geld gemacht werden?

Es könnte verwendet werden, um Infrastruktur aufzubauen, für Bildungseinrichtungen und Gesundheitsversorgung. Noch wichtiger wäre es jedoch, dazu beizutragen, dass die ehemaligen Kolonien wirtschaftlich wirklich unabhängig werden.

Das klingt nach klassischer Entwicklungshilfe. Geberländer haben im vergangenen Jahr 140 Milliarden Dollar an staatlicher Entwicklungshilfe (official development assistance



Die CARICOM fordert Entschädigung für das „durch den transatlantischen Sklavenhandel entstandene Leid“: Darstellung eines britischen Sklavenschiffs.

– ODA) ausgegeben, und es ist nicht leicht, diese Summen sinnvoll zu investieren.

ODA ist nicht die Lösung. Wie Malcolm X sagte: „Wenn du mir ein Messer neun Inch tief in den Rücken rammsst und es sechs Inch herausziehst, ist das kein Fortschritt.“ Es kommt darauf an, die Wunde zu heilen. Das macht ODA nicht. Oft verstärkt sie Probleme sogar, indem sie eine unfaire Hierarchie stützt, in der Europa und Nordamerika immer oben stehen und Afrika immer unten.

Einige unserer asiatischen Freunde würden diese Hierarchie anzweifeln, denn sie sehen Europa – und sogar Nordamerika – als dekadent an. Europa hat in ihren Augen ausgedient.

Aber sie sind sich alle einig, dass Afrika ganz unten ist. ODA kann dazu beitragen, Armut zu mindern, aber nicht, eine ungerechte Weltordnung zu ändern, die auf Kolonialismus und Sklaverei errichtet ist. Es gibt kein Szenario, das afrikanischen oder karibischen Staaten Gleichheit mit den Weltmächten verschaffen würde. Dazu braucht es einen revolutionären Ansatz.

Vor 50 Jahren waren Südkorea und Ghana etwa auf dem gleichen Entwicklungsstand.

Südkorea hat massive Hilfen bekommen und zu westlichen Ländern aufgeschlossen. Okay, Samsung ist heute ein multinationales Unternehmen. Aber es braucht immer noch seltene Erden und andere Rohstoffe aus Afrika. Es liegt auf der Hand, dass nicht jedes afrikanische Land das nächste Südkorea – oder China – werden kann.

Die Karibische Gemeinschaft CARICOM verlangt Reparationen für Sklaverei und Kolonialherrschaft (siehe Kasten unten). Denken Sie, sie wird damit Erfolg haben?

Nun, die Diskussion hat sich verändert. Es heißt jetzt nicht mehr: „Ihr habt etwas falsch gemacht – jetzt gebt uns Geld“. Es geht eher darum, dass die ehemaligen Kolonialmächte ihre Schuld eingestehen, sich entschuldigen und Entschädigung in Form von Bildungsprogrammen, Schuldenerlassen, Infrastruktur et cetera leisten. Die Bewegung „Stop the Maangami-zi“ in Britannien organisiert eine jährliche Demonstration für Anerkennung, und schwarze Aktivist:innen in den USA fordern beispielsweise kostenlose Bildung. So etwas kann es sogar geben, würde den tatsächlichen Schaden aber nicht begleichen.

Könnte der Bau von Infrastruktur für erneuerbare Energien historische Gräueltaten kompensieren?

Prinzipiell ja, wir dürfen die reichen Länder aber nicht zu leicht davonkommen lassen. Sie sind diejenigen, die die globale Erwärmung verursacht und von der industriellen Entwicklung profitiert haben, die der Erderwärmung zugrunde liegt. Deshalb ist Klimafinanzierung bereits eine Art von Kompensation. Und die reichen Länder haben bislang weder ausreichend Geld zugesagt noch die Mechanismen aufgebaut, um zu zahlen, was zugesagt ist. Das Erbe von Sklaverei und Kolonialismus ist zentral, um die globale Klimagerechtigkeit zu verstehen. Wir sollten das Thema Erderwärmung aber nicht mit der Diskussion um Reparationen vermischen.



KEHINDE ANDREWS
ist Ko-Vorsitzender der
britischen Black Studies
Association und lehrt
Soziologie an der

Birmingham City University.
andrews@bcu.ac.uk

CARICOM fordert Reparationen

2013 hat die Organisation der karibischen Staaten, CARICOM, eine Entschädigungskommission gegründet. Diese fordert, dass Europa die betroffenen Staaten für das „durch den transatlantischen Sklavenhandel entstandene Leid“ entschädigt. Die Basis für die Debatte bildet der „Zehn-Punkte-Plan für gerechte Entschädigung“, der 2014 verabschiedet wurde. Die zehn Forderungen der CARICOM lauten:

- eine umfassende formale Entschuldigung im Gegensatz zu dem bloßen „Ausdrücken des Bedauerns“, die einige Staaten machten;

- Repatriierung der Nachkommen von mehr als 10 Millionen Afrikanern, die als Sklaven gewaltsam aus ihren Heimatländern in die Karibik verschleppt wurden und die das Recht haben, in die Heimat ihrer Vorfahren zurückzukehren;
- ein Entwicklungsprogramm für indigene Völker, um die Überlebenden des Genozids zu rehabilitieren;
- kulturelle Institutionen, die angemessen an das Leiden der Opfer erinnern;
- Unterstützung zur Bewältigung der öffentlichen Gesundheitskrise in der Karibik, da die

se Weltregion die „höchste Rate an chronischen Krankheiten“ hat. Diese sind Langzeitfolgen von Ernährungserfahrungen, emotionaler Brutalität und allgegenwärtigem Stress infolge von Sklaverei, Genozide und Apartheid;

- Unterstützung im Kampf gegen Analphabetismus, der daraus resultiert, dass der schwarzen und indigenen Bevölkerung häufig Bildung verwehrt wurde;
- ein Bildungsprogramm für Afrika, das Menschen afrikanischer Herkunft über ihre Wurzeln unterrichtet;
- Maßnahmen für psychische Rehabilitation;
- Technologietransfer, damit karibische Staaten

schneller Anschluss an die Wissenschaft und aktuelle Technologie finden und

- Schuldenerlass, damit sich karibische Staaten aus der finanziellen Zwangsjacke befreien können.

Im April 2015 organisierte das US-amerikanische Institute of the Black World 21st Century eine Internationale Konferenz zu Reparationen in New York City. Daran nahmen hunderte Entschädigungsbeauftragter aus 22 Ländern teil, einschließlich Mitgliedern der CARICOM-Entschädigungskommission. Seitdem hat die Debatte um Reparationen und ausgleichende Gerechtigkeit international an Fahrt gewonnen. (sb)

Kreolsprachen auf dem Vormarsch

In der Karibik verschmolzen die Sprachen der europäischen Kolonialmächte mit den afrikanischen Sprachen der Sklaven und teils auch mit den indigenen Sprachen. Daraus entstanden neue, von Fachleuten Kreolsprachen (Creoles) genannt. Die karibischen Staaten nutzen zwar für offizielle Belange noch immer die Sprache der früheren Kolonialmächte, ihre Vormachtstellung wird aber in Frage gestellt. Kreolsprachen spiegeln die Identität der karibischen Nationen authentisch wider.

Von Hubert Devonish

Die Welt in ihrer heutigen Form entstand auf den Inseln und Territorien in der karibischen See. Hier wurden viel eher als in Europa zum ersten Mal massenhaft Arbeitskräfte eingesetzt, um ein Produkt für den Massenkonsum herzustellen: Zucker. Mitte des 17. Jahrhunderts waren die Zuckerplantagen großangelegte, agro-industrielle Betriebe.

Diese Arbeiterschaft, die als Proto-Proletariat bezeichnet werden kann, bestand aus Millionen versklavter Afrikaner und einigen versklavten Indigenen. Die Kontrolle lag in der Hand der englischen, holländischen, französischen, spanischen, portugiesischen und dänischen Sklavenhalter.

Die Zuckerplantagen in der Karibik waren die Vorläufer der europäischen Manufakturen, die das Herz der industriellen Revolution darstellten. Die karibischen Zuckerplantagen waren auch, wie die Historiker C. L. R. James und Eric Williams darlegen, die Hauptquelle des Kapitals, das die industrielle Revolution in den „Mutterländern“ in Europa finanzierte.

NEUE WELT, NEUE SPRACHEN

In dieser neuen Welt stießen Afrika, Nord- und Südamerika und Europa zusammen. Die alten Identitäten – und damit auch die Sprachen, die sie repräsentierten – starben. Indigene Sprachen wie Kaliphuna, Gua-



Reklameplakat in Falmouth, Jamaika.

nahátabay und Ciguayo werden nicht mehr gesprochen. Der koloniale Genozid löscht sie zusammen mit ihren Sprechern im 16. und 17. Jahrhundert aus. Neue Sprachen entstanden, die „Creoles“ genannt wurden. Sie waren das Ergebnis der kolonialen Interaktion zwischen Sprechern europäischer und westafrikanischer Sprachen.

In der Regel übernahmen diese Sprachen das Vokabular der europäischen Sprachen wie Englisch, Französisch oder Spanisch; ihre syntaktischen Strukturen sind jedoch sehr ähnlich. Das französisch-basierte Creole (gesprochen in Martinique, Guadeloupe, St. Lucia und Dominica), das spanisch-portugiesische Creole (gesprochen in Aruba, Bonaire und Curacao) und das englischbasierte Creole (gesprochen in Jamaika, Antigua, St. Vincent und Guyana) teilen auffällige Ähnlichkeiten in ihrer Grammatik. Diese Ähnlichkeiten stammen wahrscheinlich aus den westafrikanischen Sprachen, die die erste Generation der versklavten Afrikaner sprach.

Es ist klar, dass die Kreolsprachen der Karibik (und darüber hinaus die des Atlan-

tiks, inklusive Guyana, Französisch-Guyana und Suriname in Südamerika, Georgia und South Carolina in Nordamerika, Sierra Leone und Nigeria in Westafrika) einer Sprachfamilie angehören. Sie bilden miteinander verbundene Identitäten und historische Erfahrungen aus einer Zeit ab, als die Karibik das Zentrum der globalen ökonomischen Entwicklung war.

Als die europäischen Machtzentren sich im 18. und 19. Jahrhundert im Indischen und Pazifischen Ozean ausdehnten, nutzten sie die Karibik als Modell, um Plantagen-Kolonien zu errichten. Menschen und Sprachen aus der Karibik und dem Atlantik wurden an neue Orte verpflanzt mit dem Ergebnis, dass Kreolsprachen aus dem indischen und pazifischen Raum viele Merkmale mit denen vom Atlantik teilen.

MACHT UND MENSCHEN

Das internationale politische System basiert auf der Idee, dass Staaten eine Nation bilden. Dieses Gefühl einer einheitlichen „Nation“ entstand wiederum durch Drucktechnolo-

gien, die die Entstehung von Nationalsprachen förderten. Bis vor wenigen Jahren war dieses System auf die Länder in Nordeuropa und Nordamerika konzentriert. In der Peripherie befinden sich die ehemals kolonisierten Staaten, die sogenannten Entwicklungsländer, darunter die Länder der Karibik.

Für offizielle Zwecke nutzen diese Länder noch immer die Sprachen der früheren Kolonialmächte – doch die Bevölkerung spricht meist nicht so. Dies ist der Fall in vielen ehemaligen Kolonialstaaten in Afrika, Asien und dem Pazifik. Die marginalisierten linguistischen, kulturellen und ethnischen Minderheiten in Europa und Nordamerika leben in einer ähnlichen Situation.

In Jamaika hat die kulturelle Auseinandersetzung dazu geführt, dass das weitgehend nichtschriftliche Creole die Hauptsprache geworden ist, die die nationale Identität ausdrückt – innerhalb eines offiziellen Rahmens, der von Englisch dominiert wird. Das jamaikanische Creole breitet sich global vor allem durch Musik aus. Führende jamaikanische Künstler sind auch international sehr bekannt (siehe Kasten unten). Ein Grund besteht sicherlich darin, dass Menschen in vielen anderen ehemaligen Kolonien – wie auch viele Minderheiten in Europa und Nordamerika – die gleichen sprachlichen Spannungen spüren wie jene in Jamaika.

Vor diesem Hintergrund konnte Jamaika die bittersüße Erfahrung eines lokalen Kampfes um Sprache globalisieren. Es geht darum, dass die nationale Identität auf der Sprache der Massen beruhen soll, also dem Creole. Englisch hingegen wird als Sprache der kolonialen Elite empfunden.



HUBERT DEVONISH
ist Professor für Linguistik an der University of the West Indies. Er unterrichtet am Mona-Campus der Universität in Kingston, Jamaika.
hubert.devonish@uwimona.edu.jm

Die Nationalsprache Jamaikas

In Jamaika ist Englisch nach wie vor die offizielle Sprache; in den Schulen wird Standard-Englisch unterrichtet. Lange Zeit war die lokale Kreolsprache, das so genannte Patois, die Sprache der Landbevölkerung und der Ungebildeten. Sie wurde als „schlechtes Englisch“ betrachtet. Heute jedoch wird sie von einer lebendigen Popkultur benutzt – mit globalem Widerhall.

Patois drückt die Identität der Menschen aus. In den frühen 1960er-Jahren, um die Unabhängigkeit herum, begann es sich stärker durchzusetzen. Jamaikaner zeigten ihren Stolz auf ihre Kultur und ihre Sprache. Patois wurde zunehmend als eine nationale Sprache betrachtet, die die hybride Kultur der Insel repräsentierte, mit ihrem englischen Vokabular, westafrikanischer Grammatik, einzelnen indigenen Worten und einer besonderen, definitiv nichtbritischen Aussprache. Kulturwissenschaftler wie Rex Nettleford weisen darauf hin,

dass die jamaikanische Identität durch orale Traditionen geformt wurden.

Die lokale Dichterin, Volkskundlerin und Schauspielerinnen Louise Bennett, bekannt als „Miss Lou“, war eine der ersten Künstlerinnen, die in den 1960er-Jahren auf Patois schrieb und auftrat. Zwanzig Jahre lang hatte sie eine populäre Radiosendung, die sehr dazu beitrug, das Konzept des jamaikanischen Creole als Nationalsprache zu etablieren. In den 1980ern schrieben und lasen Dichter wie Linton Kwesi Johnson, Michael Smith und Mutabaruka in Patois. Zu diesem Zeitpunkt bedeutet dies bereits, eine klare antirassistische Haltung einzunehmen.

Jamaika ist eine kleine Insel, aber sie ist zu einer globalen Supermacht im Bereich des kulturellen und linguistischen Einflusses gewachsen, in erster Linie durch seine Musik: Songs haben die jamaikanische Sprache in alle Welt exportiert.

Schon immer nutzte jamaikanische Populärmusik sowohl Creole als auch Englisch. Dies galt vor allem für Reggae. Der jamaikanische Geschichtsforscher Edward Kamau Brathwaite nennt sie „den ursprünglichen Klang einer Kulturrevolution, die schließlich bis zu Bob Marley führte“.

1974 nahm der Reggaemusiker Bob Marley den Song „Them Belly Full“ auf. Der Refrain kommentiert mit Volksweisheiten in jamaikanischem Patois, während der englische Text soziale Missstände anprangert, wie etwa die steigenden Lebenshaltungskosten. Dort heißt es: „Eine hungrige Menge ist ein wütender Mob“ und dass „die Schwachen stark werden müssen“. Im Refrain sind zwei typische jamaikanische Sprichwörter in der lokalen Kreolsprache, wo es heißt „Rien a faal bot di doti tof“ (Der Regen fällt, aber die Erde ist hart) und „Pat a bwail bot di fuud no nof“ (Der Topf kocht, aber das Essen reicht nicht). Seit diesem Song nutzten Musiker zunehmend Kreolsprachen.

In den 1980ern kam ein neues Genre der jamaikanischen Musik auf: Dancehall, wo Sprache eher gesprochen als gesungen wurde. Da Patois die Hauptsprache für gesprochene Interaktion ist, dominierte sie dieses Genre. Inzwischen ist sie die zentrale Sprache im künstlerischen Kontext und reflektiert das wachsende nationale Bewusstsein seit der Unabhängigkeit von Großbritannien im Jahr 1962.

Aufnahmetechniken erleichtern die Verbreitung von Patois heutzutage in einer ähnlichen Weise, wie die Druckerpresse die Entstehung der heutigen europäischen Nationalsprachen ermöglicht hat. Im 15. und 16. Jahrhundert wurden lokale Mundarten in Europa kodifiziert und trugen dann das Ihrige dazu bei, nationale Identitäten zu definieren. Aufnahmen von jamaikanischer Populärmusik von Millie Small über Marley bis Shabba Ranks, Vybz Kartel und Chronixx, repräsentieren ein Werk von oraler künstlerischer Sprache, die dazu beiträgt, ein nationales Bewusstsein der Jamaikaner zu definieren. (hd)

Wer sind wir?

Die spanische Kolonialherrschaft in Mexiko hat 300 Jahre gedauert und das Land zum Kern des riesigen Verwaltungsgebiets „Neuspanien“ gemacht. Ihre Folgen prägen bis heute die Gesellschaft – und das, obwohl Unabhängigkeitsbewegungen bereits vor 200 Jahren entstanden und die Nationen hervorbrachten, die heute Lateinamerika ausmachen.

Von Virginia Mercado

Die Kolonialzeit hat Gutes wie Schlechtes hinterlassen. Gut ist vor allem die gemeinsame spanische Sprache, die von der Südgrenze der USA mit wenigen Ausnahmen bis zur Südspitze des Kontinents reicht und auch in den USA von vielen Millionen Menschen gesprochen wird. Auch die vielfältige Küche ist zu nennen, Musik, Architektur und Landschaftsgestaltung. Der sogenannte Kolonialstil erfreut heute Touristen in Altstädten, Parks und Hotels.

Der Kolonialismus hatte aber auch zur Folge, dass die Mexikaner seit langer Zeit



Die Jungfrau von Guadalupe wird heute an dem Tag gefeiert, an dem in vorspanischer Zeit die Göttin Tonantzin verehrt wurde.

mit Identitätsfragen beschäftigt sind. Die Kreolen, die Nachkommen der Spanier, haben die alte Heimat ihrer Vorfahren nie kennengelernt. Und die Mestizen (Mischlinge) wurden – bevor sie die Mehrheit der Bevölkerung stellten – von allen im kolonialen Kastensystem definierten Rassen abgelehnt. Diese waren Spanier, Indios, Afrikaner und Asiaten. Der Begriff Mestize bezog sich nur auf Nachkommen von Spaniern und Indios, und so kam es zu einer ganzen Reihe absurder Bezeichnungen, die die Abstammung jedes Einzelnen wiedergeben sollten.

Diese Klassifizierung war extrem eingeschränkt, da sie der ethnischen Vielfalt innerhalb jeder Gruppe nicht Rechnung trug, sondern sich allein auf die geografische Herkunft bezog. Mit der Zeit wurde sie zudem immer komplexer. Der Nutzen dieses Systems für die Unterscheidung von Rassen war also höchst zweifelhaft, diente aber dennoch der Zuweisung von Privilegien, was die Gesellschaft unauslöschlich geprägt hat.

IDENTITÄTSDILEMMA

Sind wir Indios oder Europäer? Opfer oder Täter? In den Jahren vor der Unabhängigkeit, die Mexiko 1821 erreichte, stilisierten Intellektuelle und Schriftsteller die Mestizen zur Lösung des nationalen Identitätsdilemmas. Nach der Revolution zu Beginn des 20. Jahrhundert formulierte der Intellektuelle und Politiker José Vasconcelos eine Antwort auf diese Fragen: Wir sind Teil einer neuen Menschheit, der „Weltrasse“ („raza cósmica“), die alle Eigenschaften der verschiedenen Ethnien in sich vereint.

Diese Vorstellung schien über mehrere Jahrzehnte hinweg die wachsende Mehrheit der Menschen zu befriedigen, die ihre Herkunft auf verschiedene Rassen zurückführte. Sie führte zu einem großen kulturellen Umbruch, der ein europäisches Bildungsmodell beförderte, die Indigenen-Dörfer alphabetisierte (selbstverständlich auf Spanisch) und sich auf eindrucksvolle Weise mit dem Indigenen als schmerzhaftes Vergangenes verband, die es zu überwinden galt. Künstler und Schriftsteller griffen

die traumatischen Themen auf und äußerten eine neue Art von Nationalismus. Der Essay „Das Labyrinth des Schweigens“ von Octavio Paz ist ein Beispiel.

Die 1990er Jahre brachten dann eine Welle von kulturellen und ethnischen Selbstbehauptungen, die noch kurz zuvor unmöglich erschienen waren. Bestimmte Rechte der indigenen Völker mussten anerkannt werden – etwa das Recht, ihre Sprache zu bewahren. Anlass der Proteste waren die Vorbereitungen zum 500. Jahrestag der bis dahin so genannten „Entdeckung Amerikas“ von 1492. Sie wirkten wie eine kalte Dusche für Mestizen, die geglaubt hatten, ihre Identitätsprobleme gelöst zu haben, und ebenso für Weiße, die die zivilisatorische Leistung der Europäer feiern wollten.

„ES WAR KEINE ENTDECKUNG“

Teile der mexikanischen Bevölkerung stemmten sich entschieden dagegen, das, was mehr und mehr als Genozid bezeichnet wurde, zu feiern. Sie fragten, ob man die physische und kulturelle Vernichtung der ursprünglichen Bewohner Amerikas feiern kann. „Es war keine Entdeckung“ und „es gibt nichts zu feiern“ lauteten die Parolen. Mexiko ist auch 500 Jahre später ein rückständiges, armes Land, dessen natürliche Ressourcen geplündert werden, und der Grund dafür liegt in der durch die Kolonialisierung geschaffenen tiefen sozialen Ungleichheit.

1992 beschlossen die indigenen Völker des gesamten Kontinents, von Kanada bis Patagonien, sich in Mexiko zu treffen. Das Licht, in dem die 500-Jahr-Feier erschien, musste sich ändern. Der Begriff der „Entdeckung“ wurde ersetzt durch „Treffen zweier Welten“. Aus der Feier wurde Gedenken, und Christoph Kolumbus stürzte aus dem Himmel der Nationalhelden.

VERMISCHUNG VON RELIGIONEN

Das Erbe der Kolonialzeit ist auch im spirituellen Leben zu erkennen. Christianisierung war ein Teil der Unterwerfung. Kirchen wurden auf den Grundmauern der Tempel für die prähispanischen Götter errichtet, heilige Orte besetzt und Feiertage umgewidmet. Lange Zeit kümmerten sich religiöse Institutionen um gesellschaftliche Angelegenheiten wie Personenstandsregister und Bildung. Missionare lernten indigene Sprachen, um die Menschen zu bekehren. In



gewisser Weise stellten sie das sanfte Antlitz der Eroberung dar.

Die Religionen vermischten sich, und dieser Synkretismus ist praktisch in allen katholischen Feierlichkeiten erkennbar. Beispielsweise spielt der Kult um die Jungfrau von Guadalupe eine große Rolle. Sie wird am selben Ort zum selben Datum ver-

ehrt wie einst Tonantzin, die Mutter Erde, und die Feier zu ihren Ehren folgt alten prähispanischen Ritualen – unter dem kritischen Blick der modernen Kirche.

Eine weitere Spätfolge des Kolonialsystems betrifft die Ausübung von wirtschaftlicher und politischer Macht. Rassismus und Klassenzugehörigkeit sind wichtig (siehe Kasten unten); Mitglieder der Elite stehen über dem Gesetz.

Aus Sicht vieler Mexikaner ist die Legitimität staatlicher Institutionen schwach. Das liegt unter anderem an Korruption und den häufig unverhältnismäßige Gewalt ausübenden Sicherheitskräften. Es wäre überzogen, den aktuellen Drogenkrieg mit dem Kolonialismus zu erklären. Dass die Beziehungen zwischen Ordnungskräften und lokalen Gemeinschaften historisch be-

lastet sind, spielt aber eine Rolle. Schließlich bleibt festzuhalten: Obwohl die Kolonialzeit das bestimmende Moment für den Aufbau der heutigen mexikanischen Gesellschaft war, hat sie keine negativen Folgen für die politischen und diplomatischen Beziehungen mit Spanien. In den Jahren nach der Unabhängigkeit entwickelte sich ein freundschaftliches und solidarisches Verhältnis, das sich in kritischen Zeiten bewährt hat.



VIRGINIA MERCADO
ist Wissenschaftlerin an der **Universidad Autónoma del Estado de México (UNAM)** und Lehrkraft für **Friedens- und Entwicklungsstudien.**
virmercado@yahoo.com.mx

Tägliche Diskriminierung

Auch wenn Mexiko kein wirkliches Kastensystem hat, korreliert die Verteilung von Privilegien sehr oft mit der soziokulturellen Herkunft der Betroffenen. Die Mehrheit der Mexikaner nimmt Differenzen zwischen sozialen Klassen wahr sowie Rassismus gegenüber Menschen mit dunklem Teint. Das gehört quasi zur Normalität.

Allerdings hat eine im April dieses Jahres vom Instituto Nacional de Estadística y Geografía (INEGI), einer staatlichen Einrichtung Mexikos für die wirtschaftliche und geographische Datensammlung, veröffentlichte Studie eine Debatte ausgelöst. Für die Befragung benutzte das Institut ein Klassifizierungssystem mit 11 Hautfarbtönen. Den Ergebnissen zufolge gab es einen großen Bildungsrückstand bei Menschen mit dunkler Hautfarbe, während die Befragten mit helleren Hauttönen einen hö-

heren Bildungsstand angaben. Das gleiche Ungleichgewicht ergab sich bei der beruflichen Anstellung: Helle Haut scheint ein Faktor für das Erreichen besserer Arbeitsplätze zu sein.

In den sozialen Netzwerken kochten umgehend die Emotionen hoch. Die einen stimmten den Ergebnissen der Studie zu und hielten sie für Binsenweisheiten. Die anderen sahen in der Befragung den Versuch, die Gesellschaft zu spalten. Augenscheinlich stimmt die Repräsentation der ethnischen Gruppen in den Medien mit den Erkenntnissen überein. Ob die Vorurteile stimmen, ist freilich eine ganz andere Frage.

Ein weiteres Beispiel ist die Sprache, die täglich in Foren und sozialen Medien anzutreffen ist, die sich mit gesellschaftlichen Themen befassen. Die politischen, wirtschaftlichen und intellek-



Die einen haben einen kleinen Shop, die anderen einen guten Job. Den Unterschied macht in Mexiko unter anderem die Hautfarbe.

tuellen Eliten benutzen häufig Adjektive und Zuschreibungen, die eine moralische Überlegenheit ausdrücken sollen. Bestimmte Begriffe – wie etwa „Indio“ – definieren „die anderen“ als wirtschaftlich unterlegen und von dunkler Hautfarbe, um ihre Anliegen zu disqualifizieren und geringzuschätzen.

Umgekehrt entstehen Begriffe, um die Eliten zu beschreiben – teilweise mit kolonialer Konnotation. „Mirrey“ etwa klingt so ähnlich wie „virrey“ (Vizekönig) und bedeutet „Mein Herr“. Das Wort wird für

ein Mitglied der privilegierten Klasse verwendet, der er nicht aus eigenem Verdienst angehört, sondern aufgrund seiner Abstammung. Ein „Mirrey“ trägt seinen Reichtum und seinen Einfluss zur Schau und drückt zugleich Verachtung für den sozialen Zustand des Landes aus – ohne freilich anzuerkennen, dass seine Position dessen Folge ist. Ein „Mirrey“ muss sich nicht an die Regeln halten, die für die anderen gelten, und genießt Straflosigkeit, was er auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausnutzt. (vm)



Kein Vertrauen in Institutionen

Die Kolonialisierung hat die Philippinen geschaffen und prägt die politische Kultur des Archipels bis heute. 333 Jahre unter spanischer und fast fünf Jahrzehnte unter US-Herrschaft haben Spuren hinterlassen.

Von Alan C. Robles

Die Philippinen haben eine einmalige Geschichte: sie wurden viermal kolonialisiert. Im 18. Jahrhundert vertrieben die Briten die Spanier und regierten die Inseln für ein paar Jahre. Im Zweiten Weltkrieg besetzten die Japaner das Land.

Die tiefsten Spuren aber haben Spanier und Amerikaner hinterlassen. Dem Historiker Serafin Quiason (1998) zufolge „ist das Muster von Kultur und Armut, Abhängigkeit und Unterentwicklung tief in der spanischen und amerikanischen Kolonialpolitik und ihren Praktiken verwurzelt“. Die spanische Kolonialzeit bereitete den Boden für die enormen aktuellen Probleme der Philippinen:

- eine unverantwortliche, missbräuchliche Elite,
- massive Korruption,
- ein dysfunktionales Regierungssystem,
- große soziale Ungleichheit und
- eine katholische Kirche mit theokratischen Zügen, die sich überall einmischt.
- Im frühen 20. Jahrhundert führten die Amerikaner Kapitalismus und formale Wahlen ein, vollzogen einige marginale Reformen und ernannten das Land zur „Demokratie“.

Als 1565 eine spanische Expedition aus Mexiko eintraf, waren die Philippinen keine zusammenhängende Einheit: Auf den vielen Inseln lebten verschiedene Stämme und Ethnien in kleinen Siedlungen („Barangay“) und sprachen unterschiedliche Sprachen. Im Süden gab es islamische Missionare, die wegen der Spanier aber nicht mehr weiter ins Land vordrangen. Die Eroberer zwangen den Einheimischen den katholischen Glauben auf, definierten die Grenzen und benannten die Kolonie nach ihrem König, Philipp II.

Bis dahin hatten Stammesführer die Barangays regiert. Ein Geschichtsbuch (Cortes et al., 2000) beschreibt dieses System als „vorpolitisch“, denn es sei „informell, vom Volk getragen, nicht zentralisiert und ohne

spezifische Zuständigkeiten“ gewesen. Zwischen Familie und Gemeinschaft wurde nicht unterschieden. Die Autorität der Führer speiste sich aus Verwandtschaft, Unterwerfung, Respekt und Abhängigkeit.

Wenige hundert Spanier eroberten leicht einen Großteil des Archipels. Schwieriger war es auf der südlichen Insel Mindanao, wo der Islam Wurzeln geschlagen hatte. Die koloniale Macht florierte nicht zuletzt dank der Uneinigkeit der Einheimischen.

Die Spanier führten katholisches Dogma und Gottesdienste ein, eine Zentralre-

gierung mit Bürokratie und das Römische Recht. Die Philippinen wurden in Provinzen aufgeteilt, über die Mönche diverser religiöser Orden wachten.

Zudem stützten die Eroberer ihr Reich auf das, was vor den Spaniern schon existierte: Sie machten kooperative Stammeschefs zu Dorfbeamten und bevorteilten ihre Familien und Clans. Sie bildeten bald eine eigene, sich selbst erhaltende Oligarchie, die „principalia“. Unter spanischer Herrschaft ging es bei „Wahlen“ lediglich um Positionen im Dorf – wobei Angehörige der



Tor von Fort Santiago in Intramuros, der Altstadt von Manila.

Elite sich stets gegenseitig wählten. Einheimische durften sich nicht als „Filipinos“ bezeichnen, das war den in der Kolonie geborenen Spaniern vorbehalten. Über Jahrhunderte hinweg wurden die dunkelhäutigen Einheimischen verächtlich „Indios“ genannt.

Die Spanier wollten nicht, dass die Indios ihre Sprache erlernten. Die Ordensbrüder hingegen sprachen die Sprachen der Einheimischen, um sie bekehren zu können. Dem Politikwissenschaftler Benedict Anderson (2007) zufolge hatten sie durch ihre besondere Sprachkompetenz „Macht wie keine andere weltliche Gruppe“. Das war den Mönchen klar, und sie „stellten sich gegen die Verbreitung der spanischen Sprache“. Spanisch wurde zur Sprache der Macht, die nur die Kolonialherren und ein Teil der lokalen Elite verstanden.

Unter Spanien wurden die Philippinen zum einzig christlichen Land Ostasiens. Allerdings war der lokale katholische Glauben nicht rein. Die spanischen Missionare schafften zwar offene animistische Praktiken ab, aber der traditionelle Glaube an Geister und Magie blieb und verschmolz mit der katholischen Lehre zu einer Volksreligion. Darin ähneln die Philippinen den Ländern Lateinamerikas mehr als anderen Ländern Asiens. Zwar wurde das Land 200 Jahre lang von Mexiko aus verwaltet, aber die Philippinen gehörten nicht zu den hispanisierten Ländern Mittel- und Südamerikas, weil Spanisch nie ihre offizielle Sprache wurde.

Über die Jahrhunderte lernte die Bevölkerung, dass Regierung, Gesetz und Bürokratie der Unterdrückung, Ausbeutung und dem Missbrauch dienten. Es gab auch gut gemeinte Gesetze, aber das bekamen die Betroffenen nie mit, da selbst diese Gesetze aufgezwungen wurden. Alle Gesetze waren auf Spanisch verfasst. Die Machthaber eroberten Land, verhängten Steuern und forderten sogar Zwangsarbeit. Die Klosterorden bauten feudale Machtstrukturen auf – der Glaube wurde benutzt, um die Einheimischen zu kontrollieren. Der spanische Beamte Sinibaldo de Mas stellte 1841 fest: „Ein Mönch ist mehr wert als ein Geschwader der Kavallerie.“

Derweil lernten die Indios von den *principalia*, dass Blut stärker ist als bürokratische Systeme. Öffentliche Ämter brachten den Führerfamilien Vorteile. Die Kolonisierten hatten nie Anlass, Regierungsinsti-

tutionen oder formalem westlichen Recht zu trauen. Leider prägt das die philippinische Politik bis heute.

„50 JAHRE IN HOLLYWOOD“

Nach 300 Jahren und diversen Aufständen zettelten die Filipinos die erste Revolution Asiens an. Kurz vor Erreichen der Unabhängigkeit griffen 1899 die USA als neue Macht ein – vorgeblich zur Unterstützung der Revolutionäre. Die Amerikaner vertrieben die Spanier und verwickelten ihre „kleinen braunen Brüder“ über drei Jahre in einen blutigen Krieg.

In den drei Jahrhunderten unter Spanien hatte nur wenig Entwicklung stattgefunden, nun erlebten die Filipinos unter US-Herrschaft einen fast explosionsartigen Wandel. Ein gängiger Witz über die Kolonialzeit lautet: „300 Jahre im Kloster und 50 Jahre in Hollywood“. Washington stellte die Kolonisierung als Akt „wohlwollender Assimilation“ mit dem Ziel der „nationalen Einheit“ dar. Tatsächlich war es vor allem Show.

Die neue Kolonialmacht versprach den Aufbau einer Republik amerikanischer Art. Sie förderte Bildungs-, Hygiene- und infrastrukturelle Maßnahmen. Gesetze und Institutionen sollten die philippinischen Führer Demokratie lehren. Englisch wurde zur Amtssprache und das Volk offiziell ermutigt, diese zu lernen. Das Schulwesen wurde aber nicht entsprechend ausgebaut. Bis heute ist Englisch offizielle Landessprache – aber die meisten Filipinos beherrschen sie nicht. Die Gesetze werden seit mehr als 100 Jahren geschrieben und sind den meisten Bürgern ebenso unzugänglich wie früher die spanischen Gesetze.

Die katholische Kirche ist unter US-Herrschaft mächtig und einflussreich geblieben und mischte sich weiter in weltliche Dinge ein. Reichtum und Macht lagen weiter in den Händen weniger Familien. Die Amerikaner änderten nichts an der sozioökonomischen Ordnung, sondern bezogen die örtlichen Eliten ein, um keinen Widerstand zu provozieren. Wie ihre spanischen Vorgänger waren sie von ihnen abhängig.

Auch führten die Amerikaner Wahlen ein; diese liefen aber auf eine Art Reise nach Jerusalem der herrschenden Familien hinaus. Landbesitzende Oligarchen und Kriegsherren dominierten auf lokaler Ebene und teilten sich die Erträge auf na-

tionaler Ebene. Quiason sagt: „Was sich dabei entwickelte, war förmlich, aber nicht substanzuell eine Demokratie.“ Die Dynastien nutzten die Institutionen des Landes, um reicher und mächtiger zu werden. Politik diente den Clan-Interessen.

1946 endete die amerikanische Kolonialherrschaft offiziell. Die Philippinen wurden nominell zu einer Republik mit schwachen demokratischen Institutionen. Die Bevölkerung hatte keine klare Vorstellung von Recht und Freiheit. 1972 rief Präsident Ferdinand Marcos das Kriegsrecht aus. Seine Diktatur dauerte bis 1986 an.

Ein besonders übles Erbe der amerikanischen Kolonialzeit war die Philippine Constabulary (PC), eine paramilitärische Polizei. Sie sollte den Frieden sichern und war zentraler Bestandteil des Überwachungsstaates zur Kontrolle philippinischer Nationalisten, Politiker und Aktivisten. Nach dem Abzug der Amerikaner gingen die eklatanten Menschenrechtsverletzungen weiter. Die PC stand zu Zeiten Marcos für Folter und Mord.

Mit Ende des Kriegsrechts wurde die PC abgeschafft. Der populistische Präsident Rodrigo Duterte will sie wieder einführen. Er will autoritär regieren (siehe meinen Aufsatz in E+Z/D+C e-Paper 2017/02, S.24, und Druckausgabe 2017/03–04, S.36). Um die philippinische Demokratie steht es schlecht. Leider wirken die undemokratischen Haltungen, die sich während der Kolonialzeit herausgebildet haben, wohl weiter.



ALAN C. ROBLES
ist freier Journalist
und lebt in Manila.

editor@hotmanila.ph

QUELLEN

Anderson, B., 2007: *Under three flags – Colonialism and the anti-colonial imagination*, New York, London: Verso.

Cortes, R. M., Boncan, C. P., and Jose, R. T., 2000: *The Filipino saga – History as social change*. Manila: New Day Publishers.

Kiernan, V. G., 1982: *European empires from conquest to collapse 1815 to 1960*. Leicester: University Press.

Quiason, S., 1998: *The Philippines: a case of multiple colonial experiences*. In: *The Independent Review*, pp. 29-37.



Viel Verbesserungspotenzial

Unabhängigkeitsaktivisten in Bangladesch streben nach einem der jungen Nation angemessenen Rechtssystem. Bisher ist dieser Wunsch weitgehend unerfüllt geblieben. Eine Entkolonialisierung des Systems ist überfällig.

Von Ridwanul Hoque und Arpeeta S. Mizan

Bangladesch wurde am 26. März 1971 nach einem blutigen Krieg gegen die pakistanische Armee unabhängig. Damals entschieden sich die führenden Politiker für Kontinuität in Gesetzesfragen. Das Rechtssystem, das Pakistan und Indien vom britischen Empire geerbt hatten, blieb im Wesentlichen bestehen.

Die neue Verfassung hat das Ziel, eine indigene und transformative Rechtsordnung zu schaffen – frei von den Defekten des Kolonialrechts. In den vergangenen vierzig Jahren hat sich das Rechtssystem in Bangladesch auf eigene Weise entwickelt – in einigen Aspekten durchaus positiv (siehe Kasten, S. 39). Leider ist das derzeitige Recht in Bangladesch weiterhin stark kolonial geprägt. Ein wirklich selbstkonzipiertes Rechtssystem liegt in weiter Ferne. Erst seit 2012 erlaubte der Supreme Court offiziell die Nutzung der Landessprache Bangla vor Gericht. Wie zu Kolonialzeiten werden Gesetze befehlsmäßig von oben nach

unten erlassen. Die Bevölkerung kann sich kaum an rechtlichen Debatten beteiligen; auch die Chancen, Gerechtigkeit zu erfahren, sind für die Menschen gering.

Die ursprüngliche Verfassung sah Grundfreiheiten vor. Der Staat kann aber über Notfallbestimmungen die Menschenrechte außen vor lassen und Bürger ohne Gerichtsverfahren bis zu 30 Tage lang inhaftieren. Die entsprechenden Klauseln wurden 1974 verabschiedet, was als Wiedereinführung der Anti-Freiheits-Gesetze betrachtet werden muss, die das britische Empire und Pakistan in früheren Zeiten eingeführt hatten.

Unter britischer Herrschaft wurden die Paragraphen 122 und 123 des kolonialen Strafgesetzbuchs („Offense of Sedition“) routinemäßig für Freiheitskämpfer und Personen angewandt, denen man solche Absichten unterstellte. Pakistan verschärfte das repressive Kolonialrecht noch, indem es Meinungsäußerungen, die die staatliche Souveränität in Frage stellten oder die öffentliche Sicherheit gefährdeten, als Straftaten deklarierte. Dieses Gesetz gilt in Bangladesch weiterhin. Wenig überraschend ist, dass einige kürzlich verabschiedete Gesetze wie das Informations- und Kommunikationstechnologie-Gesetz den Tatbestand der Verleumdung einer Person

durch Cyber-Technologie ähnlich kriminalisieren. Das erinnert stark an koloniale Unterdrückung.

Wie viele andere Kolonialmächte nutzte auch England die Strategie der „Überlagerung“ vorhandener Gesetze. Das Kolonialrecht wurde den bestehenden lokalen Normen und Gebräuchen übergeordnet. Somit wurde die Rechtskultur Südasiens ent wurzelt. Zwei der wichtigsten Gründe für diesen rechtlichen Imperialismus waren:

- Die Briten hielten die indigenen Systeme für unfähig, gute oder „zivilisierte“ Gesetze zu erlassen, und
- ihr eigenes Gesetz erleichterte ihnen die Herrschaft.

Gerechtigkeit und Good Governance zählten wenig. Tatsächlich unterwarf sich die Justiz der Kolonialverwaltung. Sie fungierte als Erweiterung des Beamtenapparates statt als Kontrollorgan. So wurden Tribunale eingerichtet, um Freiheitskämpfer wie Bhagat Singh oder die Initiatoren des Chittagong-Aufstands in den 1930er Jahren vor Gericht zu stellen.

Das Ringen um eine unabhängige Justiz begann direkt nach der Teilung Indiens 1947. Die Verwaltungen Indiens und Pakistans wollten die untere Strafjustiz nicht von der Exekutive trennen. Richter



Gebäude des Supreme Court in Dhaka.

hatten somit juristische und administrative Befugnisse zugleich. Das gab ihnen mehr Macht als vom Kolonialregime beabsichtigt. Indien trennte 1975 schließlich Exekutive und Justiz, Pakistan tat das erst 1997. Bangladeschs Verfassung vom Dezember 1972 sah eine unabhängige Justiz vor, doch 1975 wurden die Gerichte wieder unterworfen. Erst 2007 wurde die untere Strafjustiz von der staatlichen Exekutive getrennt. Das geschah übereinstimmend mit einem Urteil des Supreme Court von 2000.

VORDEMOKRATISCHES DENKEN

Die Bürokratie Bangladeschs tickt nach wie vor kolonial. Es ist weiterhin spürbar, dass Bezirksbeamte unter den Briten vor allem Steuereintreiber waren und ihre Aufgaben gern mit persönlichen Interessen mischten – das Regime nahm es hin.

Die koloniale Justiz war langsam, rassistisch und von der Regierung abhängig. Leider sieht es bei den Gerichten heute ähnlich aus. Es gibt weiterhin große Probleme mit unabgeschlossenen Fällen und

mangelnder Diskretion in gerichtlichen und administrativen Fragen. Das Strafjustizsystem ist extrem bürokratisch und Prozesse verlaufen oft unseriös. Das geringe öffentliche Vertrauen in die Rechts- und Justizsysteme ist ein koloniales Erbe.

Das britische Gesetz behielt einige bereits bestehende Prinzipien bei. Wie die Mogul-Regierung vor ihnen, knüpften die Kolonialherren das Personenrecht an den religiösen Glauben einer Person. Für Muslime und Hindus galten somit unterschiedliche Regeln – in Indien, Pakistan und Bangladesch ist das bis heute so.

Religiös begründete Systeme des Personenrechts laufen nicht zwangsläufig einem modernen Menschenrechtsverständnis zuwider. Gewiss wird im Namen der Religion viel Ungutes getrieben, und das Thema hat das Potenzial, fundamentalistische Ressentiments zu schüren. Südasiatische Gerichtshöfe interpretieren das auf dem Glauben beruhende Recht aber meist so, dass es dem verfassungsrechtlichen Prinzip der Gleichheit entspricht.

Bemerkenswert ist auch, dass unter britischer Herrschaft einige sinnvolle

Reformen zustande kamen. Muslimische Ehefrauen erhielten das Recht auf Scheidung, hinduistische Frauen das Recht auf Eigentum. Wichtig war auch, dass man begann, die Zivil- und Strafgesetze zu kodifizieren.

Die Überarbeitung des bangladeschischen Rechtssystems, besonders der Straf- und Zivilprozessordnung, ist seit langem Thema. Doch machten sämtliche Regierungen zu diesbezüglichen Reformen, die der Öffentlichkeit sehr wichtig sind, nur Lippenbekenntnisse. Bisher wurde das Rechtssystem nicht entkolonialisiert.



ARPEETA S. MIZAN
ist Dozentin an der rechtswissenschaftlichen Abteilung der Universität Dhaka.
amizan@lm15.law.harvard.edu



RIDWANUL HOQUE
arbeitet als Juraprofessor an der Universität Dhaka.

ridwandulaw@gmail.com

Regierungsbehörden verantwortlich machen

Bangladesch hat bemerkenswerte Fortschritte beim Aufbau eines Rechtssystems jenseits des kolonialen Systems gemacht. Es bleibt aber viel zu tun.

Ein großer Schritt war es, neben der englischen Sprache auch die Landessprache Bangla vor Gericht zuzulassen. Die Regeln im Supreme Court wurden 2012 entsprechend angepasst.

Auch bemüht sich die Justiz aktiver um den Schutz von Menschenrechten und persön-

lichen Freiheiten. Deutliches Zeichen dafür sind die sogenannten Public Interest Litigations (PILs), Prozesse im öffentlichen Interesse. Das bedeutet, dass Gerichte Fälle annehmen, die Personen des Gemeinwohls für andere einreichen, ohne persönlich betroffen zu sein. PILs helfen oft armen und benachteiligten Teilen der Gesellschaft, deren Fälle aus diversen Gründen nie vor Gericht angehört würden.

PILs wurden vom Supreme Court Indiens einge-

führt, die obersten Richter Bangladeschs und Pakistans folgten diesem Vorbild bald. PILs haben den Blick der Menschen auf die Justiz verändert und befähigen die Gerichte, sich mit Klagen zu befassen, die andernfalls nie berücksichtigt würden. Insbesondere können nun auch Regierungsbeamte zur Verantwortung gezogen werden.

In einem PIL-Urteil 2016 erließ der Supreme Court von Bangladesch Richtlinien zur Anwendung von Paragraph 54 der Strafprozessordnung 1898, und schränkte damit die Befugnisse der Polizei ein, Personen ohne Haftbefehl zu verhaften. In einem anderen Fall entschied der Supreme Court,

dass ein Gesetz, wonach Beamte nur mit staatlicher Erlaubnis verfolgt werden dürfen, verfassungswidrig ist. In einem weiteren Fall urteilte der Supreme Court, dass Beamte der Sicherheitskräfte keine Immunität genießen, wenn Leute während einer Anti-Terror-Aktion in Haft sterben.

Solche Entscheidungen zeigen, dass man von der kolonialen Tradition abkommt, Regierungsbeamten stets Immunität zu gewähren und all ihr Handeln als „guten Willen“ zu beurteilen. Das alles weist in die richtige Richtung. Bangladesch hat jedoch noch einiges zu tun, damit Regierungsbehörden niemals über dem Gesetz stehen. (rh/asm)



Folgen Sie uns auf Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



www.twitter.com/forumdc



D+C

Development + Cooperation

Tweets 10,8 Tsd. Folge ich 2.102 Follower 4.789 Gefällt mir 181 Listen 7

Folgen

Editorial office D+C

@forumdc

D+C Development and Cooperation is a webmagazine and bi-monthly print magazine on development and international cooperation.

Frankfurt, Germany

dandceu

Beigetreten Januar 2010

2.647 Fotos und Videos



Tweets Tweets & Antworten Medien

D+C Editorial office D+C @forumdc · 2 Std.
In #Togo, not all rural communities have access to #clean #water ow.ly /4EN30tQlv #hygiene #SDGs #globaldev



1

D+C Editorial office D+C @forumdc · 11 Std.
Some Ugandan officials excuse men who practice domestic violence ow.ly /eQ0I30g3BW2 #Uganda #women #media

Some Ugandan officials excuse men who practic...

Neu bei Twitter?

Melde dich jetzt an, um deine eigene, personalisierte Timeline zu erhalten!

Registrieren

Vielleicht gefällt dir auch.

Aktualisieren

UN News @UN_News_Centre

Africa Renewal, UN @africarenewal

ODI @ODIdev

